

«Debatte»

bfs Zeitschrift der Bewegung für den Sozialismus | Sommer 2011 | Nr. 17 | Verkaufspreis: Sfr. 3.–



Nach Fukushima

Exit Atom. Exit Kapital

Von Gandhi inspiriert
Ekta Parishad und der
Kampf der Landlosen-
bewegung in Indien

Iris von Roten
Eine feministische
Klassikerin mit liberalen
Zügen

Bürokratie
Nach dem Uniastreik:
Ein kleiner Kurs in
Bürokratiekunde

Editorial

Am 7. Juni berichtet Yoshihiko Ikegami auf der Seite jfissures.wordpress.com über eine neue Volksbewegung in Japan. Es ist weniger ein politisches als ein steigendes wissenschaftliches Bewusstsein, das die Menschen antreibt, sich über die Auswirkungen der Nuklearkatastrophe zu informieren und die radioaktive Strahlung zu messen, der sie im Alltag ausgesetzt sind (zu Hause, im Park, in der Schule).

Yoshihiko schreibt: Weil der Staat und die Medien uns die Wahrheit nicht erzählt haben, waren wir gezwungen, selbst zu forschen. Nicht aus Neugier, sondern um zu überleben. Geholfen haben uns Ärzt_innen und Forscher_innen, die sich seit Jahrzehnten mit den Opfern von Hiroshima und Nagasaki beschäftigen.

Was ist die Bedeutung dieser Bewegung? Sie hilft unzähligen Menschen, ihre Gesundheit zu schützen. Sie trägt wichtige Informationen zusammen, um in fünf, zehn oder 30 Jahren, wenn durch radioaktive Strahlung verursachte Krankheiten ausbrechen, den Staat zu zwingen, diese als solche zu anerkennen und entsprechend zu handeln. Sie bringt viele Menschen dazu, ganz neue Dinge über ihre Umwelt und die Geschichte Japans zu lernen.

Nach der Regenzeit wird die Atomindustrie die japanische Bevölkerung mit Stromausfällen unter Druck setzen, um sie von der Notwendigkeit der Atomenergie zu überzeugen. Die neue Volksbewegung steht vor dieser grossen Herausforderung. Yoshihiko ist optimistisch und hat vor, alles genau zu beobachten, was kommt.

Die Redaktion

Zur Debatte...

INTERNATIONAL

- ▶ Ekta Parishad: Die Bewegung der Landlosen in Indien lässt sich von den Idealen Gandhis inspirieren. 3

SCHWERPUNKT: NACH FUKUSHIMA

- ▶ Renaissance der Atomenergie: Die Katastrophe von Fukushima trifft eine internationale Atomindustrie im Aufschwung. Um das Blatt zu wenden, braucht es viel politischen Druck von unten. 6
- ▶ Eine Umwelt, ein System: Steigen wir aus der Atomkraft und aus dem Kapitalismus aus! Flugblatt der Bewegung für den Sozialismus. 10

FEMINISMUS

- ▶ Iris von Roten: Wie verortet sich ihr bahnbrechender feministischer Beitrag politisch? 12

SCHWEIZ

- ▶ Die Unia: Der interne Streik ist beendet. Was lernen wir daraus? Ein kleiner Kurs in Bürokratiekunde. 14

KULTUR

- ▶ Roman noir: Kritische Reflexion der Realität durch Krimis. 17

NEUE LINKE

- ▶ Es raschelt im Blätterwald: Die neue Zeitschrift «Emanzipation» ist da. 18
- ▶ Avantgarde: Zweiter Teil einer Begriffsanalyse von Alain Bihr. 21

Fäuste schnellen in die Höhe. In atemberaubender Lautstärke **wiederholen 10'000 Stimmen aus der Bewegung der Landlosen** den Ruf: «Es lebe Ekta Parishad». Aus ganz Indien sind sie nach Neu-Delhi gekommen, um der Regierung ihren Unmut mit der aktuellen Landreformpolitik zu zeigen.

Philippe Blanc*

«Ekta Parishad Zindabad!»

Der Premierminister kennt die Hartnäckigkeit von Ekta Parishad (dt. Solidarisches Forum). Bereits 2007 führte die Landlosen-

zwanzig Jahren gegründet hat und heute noch anführt. Für Oktober 2012 ist wieder ein 300 Kilometer langer Marsch geplant.



Demonstration von Ekta Parishad anlässlich des internationalen Frauentages.

bewegung einen dreissigtägigen Marsch mit **25'000 Personen in die indische Hauptstadt**. Damals hatte der Premierminister versprochen, einen Rat zu berufen, der die zuvor längst verabschiedeten Landreformen umsetzen sollte. Bei dem Versprechen ist es bis heute allerdings geblieben: Der Rat hat niemals getagt und das stösst bei denen, die

Hunderttausend sollen am «Jan Satyagraha», dem Marsch für Wahrheit und Gerechtigkeit, teilnehmen.

Von Gandhi inspiriert

1947 befreite sich die indische Bevölkerung von der britischen Kolonialmacht. Eine ent-

«Nächstenliebe, Wahrheitssuche und Gewaltlosigkeit sind nicht nur individuelle Prinzipien, sondern stellen auch Widerstandsstrategien (Mittel) und Grundwerte einer gerechten Gesellschaft (Ziele) dar.»

ganz unten sind, auf Unverständnis. «Wir stehen für alle, die in Indien nicht zu Wort kommen. Die landlosen und armen Bauern sind offen für Gespräche, doch wir haben genug gewartet, nun wollen wir mitbestimmen», erklärt Rajagopal P.V., der Ekta Parishad vor mehr als

scheidende Figur in diesem gewaltlosen Befreiungskampf war Mahatma Gandhi. Für ihn beginnt Widerstand und sozialer Wandel mit einer individuellen Haltung, die als Streben nach Liebe und Wahrheit beschrieben werden kann. Bedingungslose Nächstenliebe

und die Überzeugung, dass niemand über die absolute Wahrheit verfügt, begründen denn auch sein Postulat der Gewaltlosigkeit. Denn wer Gewalt anwendet, schürt Hass und drängt seine Wahrheit anderen auf, sagt Gandhi und empfiehlt Bescheidenheit und Zurückhaltung.

Nächstenliebe, Wahrheitssuche und Gewaltlosigkeit sind nicht nur individuelle Prinzipien, sondern stellen auch Widerstandsstrategien (Mittel) und Grundwerte einer gerechten Gesellschaft (Ziele) dar. Gandhi war überzeugt, dass nur gewaltlose Revolutionen zu einer friedlichen und gerechten Gesellschaft führen können. Mittel lassen sich für ihn nicht durch Ziele legitimieren. Seine bevorzugten Widerstandsformen zeichneten sich unter anderem durch zivilen Ungehorsam, Nicht-Kooperation, aber auch durch die Achtung politischer Gegner aus.

Im Kampf um die Kontrolle über Land und das Recht auf ein würdiges Leben inspiriert sich Ekta Parishad stark von Gandhis Prinzipien. Die Bewegung existiert seit den 1990er Jahren, als sie von Rajagopal P.V. gegründet wurde: «Wir haben mit den Menschen in den Dörfern angefangen über ihre Bedürfnisse zu sprechen. Mit der Zeit gelang es uns, immer mehr Dörfer zu vernetzen. Heute sind wir in mehr als siebenzehn Teilstaaten verankert». Ekta Parishad steht kompromisslos auf der Seite der Armen und Landlosen Indiens. Vor allem die kastenlosen Dalits und die Adivasis, Indiens Urbevölkerung, sind von Landlosigkeit und massiven Umsiedlungen betroffen. Hunderttausende von ihnen hat Ekta Parishad bereits organisiert. Heute vereint Ekta Parishad sowohl Individuen als auch Organisationen **und NGO's**. **Derzeit gibt es auf nationaler Ebene keine einflussreichere Bewegung**, die sich kompromisslos zu Gandhi bekennt. Rajagopal P.V. wird deshalb intern von vielen als neuer Gandhi gefeiert. Obwohl der Einfluss der Bewegung für die indische Elite objektiv noch keine Bedrohung darstellt, muss gesagt werden, dass kaum jemand Gandhis Ideen so modern vertritt. Es ist Rajagopal P.V. gelungen, Gandhi aus den Ashrams – Wohn- und Ausbildungszentren,

«Aufgrund des Landraubs verloren bereits Millionen von Menschen ihre Lebensgrundlage. Sie werden auf brutale Weise von ihren Höfen vertrieben.»



in denen Gandhis Prinzipien gelernt werden und nach ihnen gelebt wird – in die Dörfer und die politischen Debatten zurückzuführen.

Der Kampf der Landlosen

Rund zwei Drittel der indischen Bevölkerung leben in ländlichen Gebieten und sind von der Landwirtschaft abhängig. Für sie

bedeutet ein Leben ohne eigenes Land ein Leben ohne Würde. Diese Tatsache hat Ekta Parishad vor Augen, wenn sie sich für ein dezentral gesteuertes Landwirtschaftssystem einsetzen, indem kleine Bauernbetriebe den Ausgangspunkt der Agrar- und Landpolitik darstellen. Das Leiden im ländlichen Indien ist gross. Zwei Drittel der Armen leben auf dem Land und viele von ihnen hungern regelmässig. Zudem herrscht in den Dörfern

ein akutes Alkoholproblem. Viele haben sich wegen ihrer Sucht verschuldet und die Gewalt gegen Frauen ist drastisch angestiegen. Am deutlichsten zeigt sich die Verzweiflung der indischen Kleinbauern jedoch am massiven Anstieg der Selbstmordrate: In den Jahren 1993 bis 2006 haben sich über 160'000 Kleinbauern das Leben genommen.

Die neoliberale Wachstumspolitik, die sich in Indien seit den 1990er Jahre durchgesetzt hat, steht den Interessen und Bedürfnissen der leidenden Bevölkerung in den Dörfern diametral entgegen. Auf Empfehlung der Weltbank und des IWF senkte die Landesregierung ihre Landwirtschaftsinvestitionen und stoppte die ohnehin schleppend laufenden Landreformen. Um die Wachstumsrate in die Höhe zu treiben, wurden riesige Ländereien für den Rohstoffabbau, eine industrielle Nutzung, Infrastrukturmassnahmen und den Tourismus freigegeben. Im Zuge der aktuellen Wirtschaftskrise spitzt sich der Kampf um Land weiter zu. So interessieren sich mittlerweile nicht nur Minenkonzerne oder Industrielle für Land. Der Boden ist zum Spekulationsobjekt für Investoren der Finanzbranche geworden.

Aufgrund des «Landgrabings» (Landraubs) verloren bereits Millionen von Menschen ihre Lebensgrundlage. Sie werden auf brutale Weise von ihren Höfen vertrieben. Weil die meisten ihren Landbesitz nicht belegen können, werden nur die wenigsten entschädigt. So bleibt als einziger Ausweg häufig nur die Flucht in die Stadt. Dort leben sie entwurzelt in ärmsten Verhältnissen und hängen mehrheitlich von den Launen des informellen Arbeitsmarkts ab.

Obwohl Indiens Wirtschaft in den letzten Jahren doppelt so schnell gewachsen ist wie der Weltdurchschnitt, profitiert davon nur eine kleine Minderheit. Armut und soziale Ungleichheit stiegen stetig an. 75% der Bevölkerung muss mit weniger als einem halben Franken pro Tag auskommen. Genau diese Gruppe würde von der Umverteilung des Landbesitzes profitieren.

Davon will auf der Ebene von Bürokratie und Parteien niemand etwas hören. Sämtli-

«Wir haben es satt, auf
Veränderungen zu warten.»

che Parteien in Indien sind auf die neoliberale Agenda ausgerichtet. Und doch bleibt das Thema virulent, denn Armut, Umsiedlungen und Enteignungen führen zu steigendem Unmut und münden auch in Gewalt. In einem Fünftel des Landesgebietes liefern sich Polizei und die maoistische Guerilla blutige Gefechte. Auch vor diesem Hinter-

grund gewinnt Ekta Parishads gewaltloser Widerstand an Bedeutung. In ihrem Kampf geht es nicht nur um Gerechtigkeit, sondern auch um Frieden in einem Land mit über einer Milliarde Einwohner_innen. ♦

** Philippe Blanc arbeitete während seines neunmonatigen Zivildiensteinsatzes in unterschiedlichen*

Städten Indiens für die Bewegung Ekta Parishad. In dieser Zeit wurde das Interview mit Rajagopal P.V. durchgeführt. Er beteiligt sich an der Vorbereitung einer Europatournee von Vertreter_innen der Ekta Parishad, die im kommenden Winter auch in der Schweiz Halt machen soll. Mehr Informationen zur Bewegung unter www.ektaparishad.com.

Interview mit Rajagopal P.V.

Philippe Blanc (pb): Vom 6. bis 8. März mobilisierte Ekta Parishad über 10'000 Landlose aus ganz Indien. Weshalb war dieser Ruf nach Delhi nötig?

Rajagopal P.V.: Ekta Parishad wollte den Premierminister warnen. Wir haben es satt auf Veränderungen zu warten. Seit den Versprechungen, die uns 2007 anlässlich unseres Marsches mit 25'000 Personen gemacht wurden, ist bereits zu viel Zeit verstrichen, ohne dass sich etwas verändert hätte. Der Premierminister weigert sich, einen Bericht mit 300 Empfehlungen zur Kenntnis zu nehmen und diesen im Nationalen Rat für Landreformen zu behandeln. Falls dies jedoch nicht bald geschieht kommen wir 2012 mit 100'000 Personen wieder und bleiben. Im gewaltlosen Widerstand, wie wir ihn führen, ist es wichtig das Gegenüber – die Regierung – zu informieren. Wir verstecken nichts, unser Widerstand ist systematisch und transparent.

pb: Weshalb gelingen eure Massenmobilisierungen meist gut?

Rajagopal P.V.: Die 10'000 Aktivistinnen und Aktivisten, die im März nach Delhi kamen, werden 2012 die Verantwortung tragen. Es handelte sich also nicht nur um eine Warnung an den Premierminister, sondern auch um wichtiges Training. Die Aktivisten und Aktivistinnen waren selbst für ihre Anreise verantwortlich. Sie mieteten Traktoren, um bis zum nächsten Bahnhof zu gelangen. Sie lernten, ohne gültige

Fahrscheine zu reisen. Im Zug boten Gruppen an, Abteile zu reinigen, andere sangen für Passagiere. In Delhi mussten sich viele erst zurechtfinden, da es ihr erster Besuch einer Grossstadt war. Während der Aktion lernten die Aktivistinnen und Aktivisten Passanten zu überzeugen, mit der Polizei zu verhandeln oder Streit zu schlichten. In Delhi lernten wir zudem auf engem Raum, mit wenig Nahrung, Wasser oder schlechten Hygieneverhältnissen auszukommen. Der Erfolg jeder Aktion verlangt ein hohes Mass an Disziplin und eine präzise Organisation. Diese muss gelernt werden.

pb: Was für eine Strategie verfolgte Ekta Parishad während der Drei-Tage-Aktion?

Rajagopal P.V.: Wir setzten verschiedene gewaltlose Techniken ein. Am ersten Tag luden wir bekannte Persönlichkeiten ein, ihre Solidarität vor allen zu zeigen. Die Unterstützung von Aussen zu spüren, gibt Mut. Sie waren beeindruckt, dass sich 10'000 Menschen so diszipliniert und ruhig verhalten können. Vermutlich werden sie uns deshalb in Zukunft erneut unterstützen. Am zweiten Tag fanden eine Demo und ein langer Sitzstreik statt. Wir trafen die Entscheidung, unseren Sitzstreik so lange fortzusetzen, bis unsere Anliegen von der Regierung wahrgenommen werden. Unter prallender Sonne besetzten wir während sieben Stunden eine Strasse in der Nähe des Parlamentes. Schliesslich nahm eine Verantwortliche des Parlamentes vor allen Aktivistinnen und Aktivisten

unser Memorandum entgegen. Später trafen wir uns zudem mit dem Premierminister. Gewaltlosigkeit, Disziplin und Entschlossenheit sind entscheidend für den Erfolg.

pb: Welche Bilanz zieht ihr nach der Aktion?

Rajagopal P.V.: Während der Aktion wurde eine gute Vernetzungsarbeit geleistet. Viele indische Gäste aber auch Aktivistinnen und Aktivisten von Landlosenbewegungen aus Brasilien, Senegal, Kolumbien, Kenya und zahlreichen asiatischen Staaten sagten, die Aktion habe ihnen Mut gegeben und sie inspiriert. Zweitens gelang es uns, die Solidarität der städtischen Bevölkerung zu gewinnen. Dies ist eine grosse Herausforderung für Bewegungen aus ländlichen Gebieten. Drittens machten wir der Regierung klar, dass wir uns nicht länger mit Warten begnügen wollen. Viertens waren wir fähig, unsere Aktivistinnen und Aktivisten auf die bevorstehenden Herausforderungen im Hinblick auf 2012 vorzubereiten. Die Schwierigkeiten sehe ich darin, dass ein Teil der Aktivistinnen und Aktivisten verunsichert nach Hause zurückkehrte. Die Aktion hat ihnen aufgezeigt, wie anspruchsvoll unser Unterfangen ist. Bereits mit 10'000 Personen kam es verschiedentlich zu Wassermangel, die Nächte waren kalt und es gab Platzprobleme. Viele fragten sich, ob ein langer Marsch mit 100'000 überhaupt zu bewältigen ist. Es liegt also noch viel Arbeit vor uns.

NACH FUKUSHIMA

Nach der Katastrophe von Fukushima haben Hoffnungen auf eine Energiewende im Sinne eines Grünen Kapitalismus Hochkonjunktur. Aber auf internationaler Ebene zeichnet sich kein Ausstieg aus der Kernenergie ab. In der Schweiz ist der Bundesratsentscheid vom 25. Mai vorerst nur symbolischer Art und dient vor allem dazu, die Anti-AKW-Bewegung zu stoppen.

Peter Streckeisen

Renaissance oder Ende der Atomindustrie?

Fukushima war ein Schock. Für die Bevölkerung in Japan und auf der ganzen Welt, nicht zuletzt aber auch für die weltweite Atomindustrie und deren politische Lobby-Organisationen. Wer die letzten Berichte der *World Nuclear Association* WNA und der Internationalen Atomenergie-Behörde IAEA vor der Katastrophe in Nordjapan liest, er-

erlitten, etwa mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl (1986). Doch seit einigen Jahren haben sich die Aussichten für die internationale Atomindustrie wieder verbessert: Waren Ende 2007 weltweit 33 neue Reaktoren im Bau, so ist die Zahl bis August 2010 auf 60 gestiegen. Laut einem Bericht der WNA sind darüber hinaus 155 neue

«dritten Generation» sicherer als ihre Vorgänger. Zweitens liessen sich die Ziele des Klimaschutzes nur erreichen, wenn fossile Energieträger durch nukleare Technologie ersetzt würden. Ganz im Sinne dieses Grünen Kapitalismus präsentierte etwa die WNA die Atomenergie und erneuerbare Energien als natürliche Partner für eine saubere Zukunft des Planeten.³ Drittens schreckte die Atomlobby nicht davor zurück, die internationale Armutsbekämpfung zu instrumentalisieren: So hat die IAEA eine Präsentation aufgeschaltet, die darlegt, dass sich die UNO-Millenniumsziele nicht ohne einen Ausbau der Atomenergie erreichen lassen.⁴

Kommt der Ausstieg?

Vor diesem Hintergrund wäre es naiv zu glauben, dass Fukushima wie von selbst zu einem Ende der nuklearen Renaissance und einem weltweiten Atomausstieg führt. An der ersten wichtigen internationalen Konferenz der Atomlobby nach der Katastrophe in Nordjapan, die Anfang April in Chicago stattfand (World Nuclear Fuel Cycle 2011), hielt Richard Myers vom US-amerikanischen Nuclear Energy Institute in seiner Eröffnungsrede fest: *«Wir müssen anerkennen, dass wir für eine Technologie einstehen, die sehr vielen Menschen Angst gemacht hat. Aber die Industrie kann erklären, dass diese Angst unbegründet ist und die Daten liefern, um es zu beweisen.»*⁵ Hier ist ganz nebenbei ein entscheidender Punkt benannt: Solange die Industrie die Kontrolle über die sicherheitsrelevanten

«Die Zahl der Reaktoren im Bau ist von 33 auf 60 gestiegen.»

Daten behält, bleiben die politischen Behörden und die Kritiker_innen von diesem Datenmonopol abhängig.

An der Konferenz in Chicago bereitete der internationalen Atomlobby vor allem Deutschland Sorgen, das als einziges wichtiges Land den Ausstieg ernsthaft ins Auge



Zeltstadt AKW-Ade vor dem Hauptsitz der BKW in Bern am Viktoriaplatz: Die jungen Menschen fordern vor allem, das AKW Mühleberg sofort stillzulegen.

kennt sofort, was auf dem Spiel steht: die lange erwartete Renaissance der Nukleartechnologie auf internationaler Ebene.

Schöne Aussichten

Laut einem Bericht der IAEA zum Stand und den Entwicklungsaussichten der Atomenergie vom 2. September 2010¹ waren weltweit 441 Atomkraftwerke am Netz, davon 129 in Westeuropa (Frankreich allein hat 58 AKW) und 122 in Nordamerika. Etwa 350 Anlagen sind seit mehr als 20 Jahren in Betrieb. Sehr viele AKW wurden in den 1970er und 1980er Jahren gebaut; seither hat die Atomenergie einige politische Rückschläge

Reaktoren geplant und 320 «vorgeschlagen».² Die Hoffnungen der Atomindustrie zielen vor allem auf China (13 AKW am Netz und 27 im Bau) und Indien (20 AKW am Netz, vier im Bau und 20 weitere geplant), aber auch auf eine Renaissance an traditionellen Standorten wie USA und Frankreich.

In der Zeit vor Fukushima hat also eine internationale Investitionswelle in neue Atomkraftwerke eingesetzt, um den alternden Reaktorpark zu erneuern. Vorbereitet und begleitet wurde sie durch die weltweite Propaganda der Atomlobby, deren so genannte Experten vor allem drei Argumente ins Feld führten: Erstens seien die Anlagen der

«Würenlingen ist nicht irgendein Dorf...»

fasst.⁶ Am 25. Mai hat der schweizerische Bundesrat einen «Grundsatzentscheid» gefällt, der von Umweltverbänden und NGO voreilig und unkritisch gefeiert wird: In der Schweiz sollen zwar keine neuen AKW gebaut werden, aber eine vorzeitige Stilllegung der Anlagen ist nicht vorgesehen. Ins Auge gefasst wird eine durchschnittliche Laufzeit von **50 Jahren, doch könnten es** auch 60 Jahre sein, sofern die Sicherheit gewährleistet sei, wie es so schön heisst. Wie die Umweltorganisation BUND festhält, ist dies ein Skandal, denn die Anlagen von Mühleberg und Beznau zählen zu den ältesten und unsichersten der Welt.⁷ Zudem ist die Aufsichtsbehörde ENSI, die die Laufzeiten festlegen soll, aufgrund fehlender Unabhängigkeit diskreditiert. Der Präsident des ENSI-Rats, Peter Hufschmied, trat Anfang Mai in den Ausstand, nachdem seine Geschäftsbeziehungen mit der BKW, die das AKW Mühleberg betreibt, in den Medien kritisiert worden waren. Ein weiteres Ratsmitglied steht beispielhaft für die Verflechtung zwischen der Industrie und den so ge-

nannten Experten der Atomtechnologie: Horst-Michael Prasser hat an der ETH Zü-

im Zentrum eines undurchsichtigen Netzes von Beziehungen zwischen der Atomindustrie, den Aufsichtsbehörden und einflussreichen Politikern), ist mehr als berechtigt. Etwas Anderes war aber auch hierzulande nicht zu erwarten. Solche Verflechtungen sind im real existierenden Kapitalismus, der nicht viel mit einem freien Markt zu tun hat, die natürlichste Sache der Welt. Und die Schweiz ist in der Geschichte der Atomtechnologie kein unbeschriebenes Blatt. Seit den Anfängen haben Industrie, politische Behörden und öffentliche Forschungsinstitute Hand in Hand und oft ohne Information der Öffentlichkeit gearbeitet.

Als 1955 über 120 namhafte schweizerische Unternehmen die Reaktor AG in Würenlingen (AG) gründeten, um die Grundlagen der industriellen Nutzung der Atomtechnologie in der Schweiz zu schaffen, ging die Initiative vom BBC-Konzern und der ETH Zürich (Prof. Paul Scherrer) aus. Bald schon musste aber der Bund eingreifen, wie der ehemalige Bundesrat Moritz Leuenberger in seiner Rede zur Einweihung



Hauptsitz der IAEA in Wien: Von hier aus wird die Verbreitung der zivilen Atomtechnologie weltweit gefördert.

rich eine Professur für Kernenergiesysteme, die von der Industrie gesponsert wird.

Real existierender Kapitalismus

Die Empörung über solche Verflechtungen, die natürlich sehr an die Zustände in Japan erinnern (die Firma Tepco, welche die havarierten Anlagen in Fukushima betrieb, steht

Atomlobby in der Schweiz

Die Atomindustrie bietet ein Lehrstück der Verflechtungen von Staat und Kapital in der Schweiz – nicht erst seit mit Bundesrätin Doris Leuthard ein ehemaliges Mitglied des Nuklearforums für die AKW zuständig ist. Zwei der drei Stromkonzerne (Axpo, BKW), die neue Anlagen bauen woll(t)en, sind in staatlichem Besitz. Der Dritte (Alpiq) ist wesentlich aus dem BBC-Konzern (Motor Columbus bzw. Atel) hervorgegangen, einem historischen Herzstück des helvetischen Kapitalismus. Eine zentrale Organisation der Atomlobby ist die Aktion für vernünftige Energiepolitik in der Schweiz (AVES), die über 90 National-

und Ständerät_innen zu ihren Mitgliedern zählt. Eine von ihnen, Nationalrätin Corina Eichenberger (FDP/AG), ist auch Präsidentin des Nuklearforums (früher: Schweizerische Vereinigung für Atomenergie). Hinzu kommen die engen Verflechtungen zwischen dem Bundesamt für Energie, der für die Endlagersuche zuständigen NAGRA und den öffentlichen Forschungseinrichtungen wie das Paul-Scherrer-Institut.

Als SP-Bundesrat Moritz Leuenberger von 1995 bis 2010 das UVEK leitete, waren Verantwortliche der damaligen Aufsichtsbehörde HSK wie Direktor Ulrich Schmockler

Mitglied der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie. Das wäre bei der heutigen Aufsichtsbehörde nicht mehr möglich, doch zeigen die Kontroversen um Peter Hufschmied und Horst-Michael Prasser, dass weiterhin direkte Interessenskonflikte bestehen. Zudem hat das ENSI im Falle des AKW Mühleberg durch Geheimhaltung eines brisanten Gutachtens und Erteilung einer unbefristeten Betriebsbewilligung in Kenntnis schwer wiegender Sicherheitsprobleme Ende 2009 erneut bewiesen, wie sehr es den Wünschen der Stromkonzerne zu folgen bereit ist.¹¹

«Beznau I und Mühleberg zählen zu den ältesten und unsichersten Anlagen weltweit.»

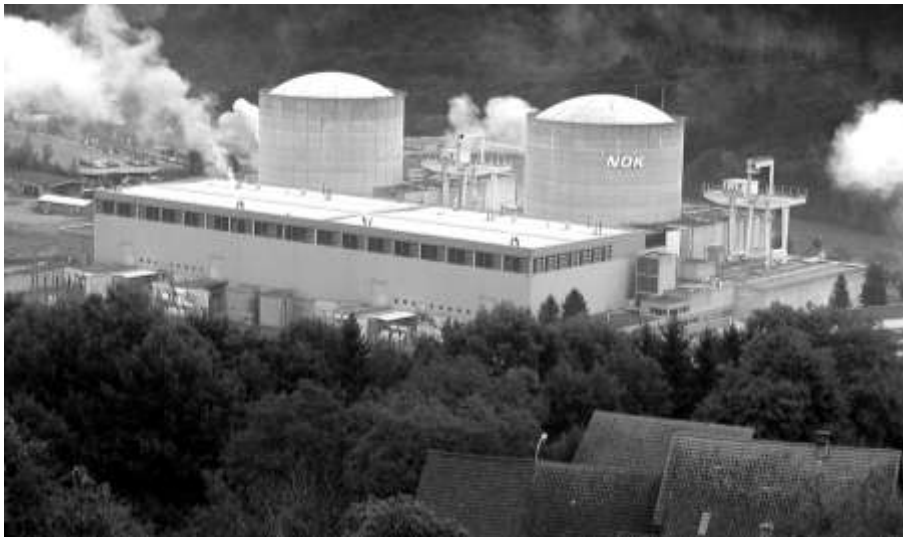
des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (ENSI) am 30. April 2009 betonte: «Würenlingen ist nicht irgendein Dorf. In den 50er Jahren stellte dort die damalige Reaktor AG

schenlager für Atomabfälle. Die Arbeiten der Reaktor AG führten zum Bau des Reaktors in Lucens (VD), der 1969 kurz nach Inbetriebnahme ausser Kontrolle geriet. Die-

aber 1979 und 1984 gingen in Gösgen und Leibstadt zwei weitere Anlagen ans Netz.

Nach Tschernobyl

Die Katastrophe von Tschernobyl brachte auch in der Schweiz die Atomlobby in die Defensive. Es gelang ihr aber, den drohenden Atomausstieg zu verhindern; stattdessen wurde 1990 per Volksabstimmung ein Moratorium beschlossen. Nachdem 2003 in einer weiteren Abstimmung die Verlängerung des Moratoriums scheiterte, wurden auch in der Schweiz Schritt für Schritt die Weichen in Richtung Renaissance der Atomenergie gestellt. Im Zuge einer scheinbar technischen Reorganisation im Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) unter SP-Bundesrat Moritz Leuenberger wurden die Aufsichtsbehörde (früher: HSK) rechtlich verselbständigt (heute: ENSI) und die manchmal unliebsame Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen (SKA) durch die zahllose Kommission für Nukleare Sicherheit ersetzt.⁹ Im Jahr 2008 reichten dann die Stromkonzerne ihre Gesuche für den Bau von drei neuen AKW ein. Als am 1. November 2010 mit Doris Leuthard eine Bundesrätin die Leitung des UVEK übernahm, die früher Mitglied einer Lobbyorganisation der Atombranche (Nuklearforum) war, schien dem Bau neuer



Im AKW Beznau ist der älteste Druckwasserreaktor der Welt noch in Betrieb.

ihren ersten Atomtestreaktor auf. Nach diversen Havarien und einem grossen Defizit übernahm der Bund 1960 die nukleare Forschungsstätte.⁸ So entstand das Paul-Scherrer-Institut der ETH, das heute im Nachbardorf Villingen liegt und ungefähr 1'400 Personen beschäftigt; Würenlingen beherbergt heute ein Zwi-

ser Unfall hinderte die Firma NOK (heute: Axpo) nicht daran, im selben Jahr das AKW Beznau I in Betrieb zu nehmen und bis heute zu betreiben. Drei Jahre danach folgten Beznau II und das AKW Mühleberg. 1975 konnte eine breite Volksbewegung den Bau eines Kraftwerks in Kaiseraugst verhindern,

Die Folgen des Uranabbaus

Die Atomlobby preist ihre Technologie als umweltfreundlich an. Dies entbehrt jeder ernsthaften wissenschaftlichen Grundlage. Nicht nur das Risiko von Unfällen und die ungelöste Frage der Lagerung des Atomabfalls sind Gefahren für Mensch und Umwelt, die nicht verantwortet werden können. Oftmals übersehen werden die Auswirkungen des Uranabbaus, der zur Verbreitung radioaktiver Materialien in der Umwelt und zur Bildung von radioaktiven Folgeprodukten (wie das Edelgas Radon) führt. Weltweit wird der Uranabbau von wenigen Konzernen kontrolliert, allen voran Cameco

(Kanada), Rio Tinto (GB) und Areva (Frankreich). Ein beträchtlicher Teil wird in Ländern des Südens gefördert. Obwohl die Minenkonzerne ihre Abbaumethoden seit einigen Jahren durch ISO-Normen zertifizieren lassen, arbeiten die Minenarbeiter im Süden meist unter katastrophalen Bedingungen. So hat die französische Gruppe CRIIRAD (Commission de Recherche et d'Information Indépendantes sur la Radioactivité) dokumentiert, dass die Arbeiter einer Mine in Gabun (Mouana), die 1958 bis 1999 für die Vorgängerfirma des Areva-Konzerns Uran förderte, kaum über

die Gefahren informiert und völlig unzulänglich gekleidet waren. Ausserdem werden die ehemaligen Minenarbeiter seit der Schliessung des Werks medizinisch nicht begleitet, obschon hinlänglich bekannt ist, dass durch radioaktive Strahlung verursachte Krankheiten oft erst nach längerer Zeit ausbrechen. Zwischen 1961 und 1975 waren über zwei Millionen Tonnen radioaktiver Abfälle in einem Fluss entsorgt worden. Zudem sind öffentliche Gebäude (Schulen, Geburtshäuser, Märkte) mit radioaktivem Material gebaut worden.¹²

«Dem Bau neuer AKW schien nichts mehr im Weg zu stehen.»

AKW in der Schweiz nichts mehr im Wege zu stehen.

Nun hat Fukushima die Renaissance der Atomenergie in der Schweiz vorerst gestoppt, doch der Bundesratsentscheid vom 25. Mai ist nur ein symbolischer Sieg der Anti-AKW-Bewegung, der sich ins Gegenteil verkehren könnte, wenn nicht politischer Druck für ein rasches Abschalten der bestehenden Anlagen gemacht wird. Laut einer Umfrage der *SonntagsZeitung* vom 29. Mai 2011 unterstützen 80 Prozent der Bevölkerung den Atomausstieg. Doch nach den Wahlen im Herbst wird es den Parteien wieder leichter fallen, sich um die «Volksmeinung» zu frotzeln, und in der breiten Öffentlichkeit wird Fukushima mit der Zeit in Vergessenheit geraten. Vor allem aber sind drei weitere Aspekte wichtig: Ers-

«Die Atomlobby instrumentalisiert sogar die Armutsbekämpfung.»

tens muss der Kampf für den Atomausstieg international geführt werden (USA, Frankreich, Indien und China sind heute die wichtigsten Länder). Zweitens ist die Gefahr abzuwenden, dass die AKW nun durch neue Gaskraftwerke oder andere zweifelhafte technische Alternativen ersetzt werden, ohne die kapitalistische Entwicklungsdynamik an sich in Frage zu stellen. Und drittens bleibt die Atommüllfrage weiterhin ungelöst.

Kapitalismus-Ausstieg

Es ist kaum denkbar, dass es der Menschheit gelingt, sich vom Fluch der Atomenergie zu befreien, ohne die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des menschlichen Lebens auf der Erde grundlegend neu zu gestalten und auch den Kapitalismus hinter sich zu lassen.

1 IAEA: *International Status and Prospects of Nuclear Power. Report by the Director General.* 02/09/2011



Doris Leuthard: Eben noch Atomlobbyistin, dann Bundesrätin und plötzlich Aussteigerin? Wer's glaubt, wird selig...

2 World Nuclear Association: *Plans for new reactors worldwide* (updated January 2011)

3 World Nuclear Association: *Averting the Danger of Catastrophic Climate Change: Is the Nuclear Renaissance Essential?* (*The WNA Nuclear Century Outlook*)

4 IAEA: *Nuclear Power for the Next Generation.* 7/2/2011

5 World Nuclear News: *Prepare for a New Nuclear Industry.* 06/04/2011

6 Die konservativ-liberale Regierung unter Angela Merkel hatte zunächst den Beschluss der Vorgänger-

regierung von Gerhard Schröder aus dem Jahr 2000 in Frage gestellt, die deutschen AKW nach der Erzeugung bestimmter Strommengen abzuschalten.

Nach Fukushima liess Merkel zunächst die älteren Reaktoren abstellen. Am 6. Juni 2011 hat die Bundesregierung nun den stufenweisen Ausstieg bis 2022 beschlossen.

7 BUND Regionalverband Südlicher Oberrhein: *Atomkraft Schweiz. Hier strahlt die Schweiz - Infos zu AKW und Atommüll*

8 Bundesrat Moritz Leuenberger: *Zur Sicherheit von Kernanlagen. Rede zur Einweihungsfeier des ENSI, Baden, 30. April 2009*

9 Siehe das Interview mit dem ehemaligen Präsidenten der KSA, Walter Wildi, in der *WoZ* vom 26. Mai 2011.

10 Siehe den Artikel von Sigrid Cariola: *AKW-Kontrolleure – wenig kritische Distanz.* *saldo* 11/2002

11 Siehe den Artikel von Susan Boos: *Mühleberg – was sie verschweigen.* *WoZ*, 21. April 2011

12 Siehe den Bericht von CRIIRAD: *Les conditions d'exploitation de l'uranium par les filiales d'AREVA et les normes ISO* (<http://www.mondialisation.ca/index.php?context=va&aid=5476>)

13 Siehe Oliver Tickell: *Toxic link: the WHO and the IAEA* (*Guardian* 28/05/2009) und IPPNW Deutschland: *Weltgesundheitsversammlung soll IAEA-Abkommen aufkündigen* (Pressemittteilung 13. April 2011).

Ein ungesundes Abkommen

In der Öffentlichkeit ist die Internationale Atomenergie-Behörde IAEA bekannt als Instanz zur Kontrolle der internationalen Verbreitung von Atomwaffen. Doch besteht ihre Hauptaufgabe in der Förderung der zivilen Nutzung der Atomtechnologie. Dabei werden natürlich die Interessen der Atomindustrie höher gewichtet werden als die Gefahren für die Umwelt und für die Gesundheit. 1959 hat die IAEA ein Abkommen mit der Weltgesundheitsorganisation WHO unterzeichnet, das beide Organisationen verpflichtet, mit Bezug auf Atomtechnologie nichts ohne Absprache zu unterneh-

men. Dieses Abkommen hat zum Beispiel dazu geführt, dass die IAEA die Führungsrolle bei der Aufarbeitung der Katastrophe von Tschernobyl spielte; aus dem Grund sind die offiziellen Opferzahlen viel tiefer als die der unabhängigen Berichte, die kürzlich etwa Greenpeace oder die Ärzte-Vereinigung IPPNW veröffentlicht haben. Nach der Katastrophe von Fukushima hat sich die WHO, ohne eigenes Team vor Ort, im Wesentlichen darauf beschränkt, mit Blick auf die Gesundheitsgefährdung der lokalen Bevölkerung Meldungen der japanischen Behörden wiederzugeben.¹³

Die Entwicklung der Atomenergie ist eng mit der Wachstumsdynamik des globalisierten Kapitalismus verbunden. Der Atomausstieg muss als Teil einer umfassenden Veränderung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems, in dem wir leben, erkämpft werden.

Bewegung für den Sozialismus*

Exit Atom. Exit Kapital

Nach wochenlanger Verharmlosung ist das fürchterliche Atom-Desaster in Fukushima nun auf Gefahrenstufe 7 gesetzt worden. Dies entspricht dem höchst möglichen Niveau, um einen nuklearen Unfall zu klassifizieren und kommt bis heute nur dem in Tschernobyl von 1986 gleich, dessen Probleme bis heute ungelöst bleiben. Heute noch muss sich die Bevölkerung von Tschernobyl mit den Folgen der Katastrophe auseinandersetzen und die folgenden Generationen werden weiterhin den Preis in Sachen genetischer Missbildung, Tumore, Umweltschäden und Schäden für das ganze ökonomische und soziale System einer Region zahlen müssen.

Fukushima ist überall!

Das Gleiche gilt für Fukushima und für Japan, aber nicht nur. Die ganze Welt – und auch wir, obwohl Japan in unserer Vorstellung weit entfernt liegt – wir alle sind von diesem Desaster betroffen, unabhängig davon, was unsere

Experten sagen. Ein nuklearer Unfall bringt über die direkten Opfer hinaus Folgen, die die Umwelt und die weltweite Bevölkerung belasten, und das für tausende von Jahren. Die Meere, die Luft und die Gewässer kennen keine Grenzen, sie folgen keiner gesellschaftlicher Logik, sie verschieben sich nach ihren Gesetzen und tragen die vergifteten Früchte unseres sogenannten Fortschritts über alle Kontinente mit sich.

Mensch kann meinen, dass in der Schweiz der Zustand, der in Nordjapan feststellbar ist, nie eintreffen wird. Nie werden wir es mit einem Erdbeben und einem Tsunami zu tun haben, die ein Stück des Landes vollständig zerstören werden. Auf der ganzen Welt wiederholen die Befürworter der Atomenergie die extreme Seltenheit des Ereignisses in Japan.

In Kalifornien zum Beispiel haben die Experten nicht gezögert und behaupten, dass die hiesigen Kraftwerke ein Erdbeben mit dem höchsten Skalenwert überstehen können, und vergessen dabei, dass auch in Fukushima die Sicherheitsrhetorik genau dies behauptete. Die Experten mussten folglich feststellen, dass uns die Natur überraschen und weit über das gehen kann, was

hende Bauprojekte zu stoppen...bis die Wogen geglättet sind. Unabhängig von der Rhetorik der Sicherheitsmassnahmen, um Schaden an Personen, Natur und Sachen vorzubeugen oder im schlimmsten Falle einzudämmen, ist die Wahrheit, dass die Atomenergie eine Kraft ist, die – einmal entfesselt – nicht zurückgehalten werden kann. Früher oder später wird etwas Unerwartetes passie-



wir als vorhersehbar bezeichnen! Ja, weil die Natur heute und auch in Zukunft unberechenbar ist bzw. sein wird, unabhängig von unseren wissenschaftlichen Bemühungen, sie zu studieren und sie unseren Bedürfnissen unterzuordnen.

Die Sicherheit, die es nicht gibt...

Tatsächlich sind wir nicht in der Lage – und wir werden es auch nie sein – alle Risiken vorherzusehen, denen wir ausgesetzt sind. Bei Katastrophen ist es gewöhnlich so, dass sie eintreten, weil sie nicht vorhersehbar waren oder ihr mögliches Ausmass unterschätzt wurde.

Jetzt werden in allen bestehenden Kraftwerken in Eile «Sicherheitsmassnahmen» getroffen, um ihre Aktualität zu prüfen und beste-

ren. Die Frage ist nicht ob, die Frage ist nur wann. Die unmittelbaren und zukünftigen Risiken der Desaster von Fukushima und Tschernobyl sollten uns schon endgültig überzeugt haben, dass die menschlichen und sozialen Kosten eines Unfalls weit höher liegen als die Vorteile der Ausbeutung des Uranatoms. Falls dies nicht gereicht hat, fügen wir ein weiteres Beispiel hinzu, das nicht weniger heikel und besorgniserregend ist: Die Lagerung des radioaktiven Abfalls. Wohin geht dieser Abfall? Welche Garantien geben sie uns, dass er tatsächlich in Sicherheit ist? Wie können wir überhaupt «Sicherheit» definieren? Und – werden die Sicherheitsparameter einmal definiert – wer garantiert uns, dass sie eingehalten werden? Es gibt keine Garantien, dass alle ihren Pflichten nachgehen und dass der Müll an

«Der Kapitalismus ist gezwungen, stetig die Produktion von Waren zu steigern, unabhängig davon, ob diese Waren tatsächlich die realen Bedürfnisse der Menschen befriedigen.»

Orten gelagert wird, die uns und denjenigen nach uns nicht schaden können. Ausserdem können wir nicht davon ausgehen – das zeigen uns die aktuellen Ereignisse –, dass die Massnahmen ausreichen, um das mystische «Null Risiko» zu erreichen, auch wenn sie perfekt umgesetzt werden. Das Unvorhersehbare wird früher oder später eintreffen. Wir können dieses Risiko nicht eingehen. Ohne zu übertreiben: Das Leben auf unseren Planeten steht auf dem Spiel.

Der Kapitalismus als Kern des Problems

Diesen Sorgen stehen die Interessen derjenigen gegenüber, die sich für den Erhalt des herrschenden Systems der Energieproduktion und des Energieverbrauchs einsetzen. Es wird behauptet, dass ohne Atomenergie unser Lebensstandard nicht erhalten werden könne; die einzige Alternative sei die Kontrolle des Konsums unserer Haushalte; wir alle müssten auf etwas verzichten oder aber mit schwerwiegenden Preiserhöhungen rechnen.

Diese Argumente – die vorgeben, «vernünftig» zu sein – haben mehrere Ziele. Erstens geht es darum, uns als Komplizen des Systems und somit mitverantwortlich fühlen zu lassen, um uns die Motivation und die Entschlossenheit zu nehmen, gegen die Atomkraft zu kämpfen. Zweitens wollen sie uns erpressen, indem sie uns sagen, dass der gute Zustand unseres aktuellen Produktions- und Wirtschaftssystems, von dem unsere Arbeit und unser Einkommen abhängig sind, nicht ohne diese Energiequelle überleben kann.

Dem setzen wir entgegen, dass der höchste Anteil des Energiekonsums von den Unternehmen kommt und nicht von uns; dass wir praktisch nie mitbestimmen können, was wir wie produzieren wollen; dass wir schliesslich nicht mitentscheiden können, was verbraucht wird.

Der Kapitalismus – in seiner Logik der Profitmaximierung – ist gezwungen, stetig die Produktion von Waren zu steigern, unabhängig davon, ob diese Waren tatsächlich die realen Bedürfnisse der Menschen befriedigen.

Nicht alles, was in diesem unvernünftigen Wirtschaftssystem produziert wird, ist absolut notwendig und verbessert unsere Lebensqualität. Im Gegenteil! Wir denken zum Beispiel an Verpackungen gewisser Waren, welche den Endpreis der Produkte belasten und ökonomische und ökologische Kosten verursachen, auch für ihre Entsorgung; oder an die Produktion von Waffen, die das einzige Ziel haben, Leben zu zerstören.

Dasselbe gilt für die Arbeit: nicht alle Arbeiten sind es wert, ausgeführt zu werden. Es gibt einige, wie die Produktion von schädlichen oder nutzlosen Waren, die lieber aufgehoben werden, um unsere Tätigkeiten besser für die Befriedigung unserer tatsächlichen Bedürfnisse der Gesellschaft zu verteilen.

Wer uns sagt, dass der Atomausstieg wirtschaftlich nicht vertretbar ist, dem antworten wir, dass dieses ökonomische System ökologisch, menschlich und ethisch nicht tragbar ist. Hingegen ist es gegenüber der jetzigen und zukünftigen Menschheit unverantwort-



Bereits vor Fukushima: am 18. September 2010 demonstrieren in Berlin über 100'000 Menschen für den Atomausstieg.

lich und kriminell, die Atomkraft und das sie stützende wirtschaftliche und soziale System zu verteidigen.

Den sofortigen Atomausstieg zu fordern bedeutet für uns, gleichzeitig das kapitalistische Wirtschafts- und Sozialsystem in Frage zu stellen, welches als einziges Ziel hat, das Kapital in Wert zu setzen und nicht die sozialen Bedürfnisse zu befriedigen. ♦

** Dieses Flugblatt wurde am 22. Mai an der Menschen-Strom gegen Atom-Demo verteilt.*

Anti-AKW-Bewegung: Von Kaiseraugst nach Mühleberg?

Über 20'000 Menschen haben am 22. Mai 2011 im Kanton Aargau, nahe bei den AKW Beznau und Leibstadt, dem Paul-Scherrer-Institut und dem Zwischenlager Würenlingen, für den Ausstieg aus der Atomenergie demonstriert. Es war die grösste Anti-AKW-Mobilisierung in der Schweiz seit der Zeit von Tschernobyl. Seit dem 5. April protestieren vor allem junge Menschen mit einer Zeltstadt vor dem Hauptsitz der BKW in Bern für die Stilllegung des AKW Mühleberg. In Bern und Zürich haben Schüler_innen massenhaft für

den Atomausstieg demonstriert. Nun ist es sehr wichtig, dass sich diese Bewegung nicht durch den «Grundsatzentscheid» des Bundesrats blenden lässt und Druck macht, die bestehenden Anlagen rasch abzuschalten. In diesem Zusammenhang lohnt sich ein Blick zurück auf die erfolgreiche Volksbewegung in Kaiseraugst (1975). André Froidevaux und Hanspeter Gysin, damals an vorderster Front mit dabei, haben eine Broschüre über diese Bewegung gemacht, die bei der Debatte-Redaktion bestellt werden kann.

FEMINISMUS

1958 erschien Iris von Rotens umwerfendes Buch, das einen Sturm der Entrüstung in der konservativen Schweiz auslöste. Die Fähigkeit der Autorin, die übliche Frauendiskriminierung als Skandal zu entlarven, ist beeindruckend. Es lohnt sich aber auch, Iris von Rotens politischen Bezugsrahmen genauer anzuschauen.

Karin Vogt

Feminismus mit liberalen Einflüssen

2008 war es 50 Jahre her seit der Publikation von Iris von Rotens Buch «Frauen im Laufgitter – Offene Worte zur Stellung der Frau».¹ Eine Wanderausstellung,² eine Tagung und eine Nummer der feministischen Zeitschrift Olympe³ würdigten das 50-jährige Jubiläum dieser Bucherscheinung. In diversen Medienberichten wurde der Meilenstein der feministischen Diskussion in der Schweiz besprochen, oft unter dem Zeichen einer Feministin, die ihrer Zeit voraus sei und vieles vorweggenommen habe, was die Frauenbewegung ab den 1970er Jahren später wieder entdeckte. In manchen Beiträgen drückt sich jedoch auch eine etwas verlegene Ehrerbietung aus. Kritische Nebenbemerkungen finden sich zu einzelnen Aspekten oder auch zur sprachlichen Form des Buches. Was oft fehlt, ist eine klare politische Einordnung, der es deswegen nicht unbedingt an der notwendigen Differenziertheit fehlen muss. Was lässt sich aus linker feministischer Sicht zu Iris von Roten sagen? Ist ihr Buch noch interessant für heutige Leserinnen?

Das Werk erschien während der zweiten Schweizerischen Ausstellung für Frauenarbeit SAFFA (1958), einige Monate vor der Volksabstimmung von 1959 über die Einführung des Frauenstimmrechts.⁴ Dass dieses verworfen wurde, kreierte viele der polemisierenden Interventionen von Iris von Roten an: Ihre Haltungen und Positionen waren für die breite Öffentlichkeit und auch die traditionellen Frauenverbände viel zu radikal.

Iris von Roten hat einen faszinierenden Text geschaffen, der viele wichtige Türen aufstösst. Dies sollte aber heutige Leserinnen nicht davon abhalten festzustellen, dass sie sich klar im liberalen Denken verortet. Sie fordert die Gleichberechtigung der Frauen im Rahmen der kapitalistischen

Leistungsgesellschaft. Damit die «Auslese der Besten», wie sie immer wieder schreibt, nicht länger die Frauen ausschliesst. Das



Iris von Roten (1917 – 1990).

heisst auch, dass bei ihr keine Überlegungen zur Klassenstellung von Frauen zu finden sind, wenngleich natürlich Themen wie

«Bürgerliche Freiheiten und Rechte sind eine Errungenschaft, hinter die nicht mehr zurückgewichen werden sollte.»

Verhütung eigentlich alle Frauen betreffen. Um Elitedenken und wirtschaftliberale Grundeinstellung zu belegen, ist es nicht nötig, auf Iris von Rotens bürgerliche Herkunft oder auf ihren aufwändigen Klei-

dungsstil zu verweisen, wie es manche Kommentare andeuten. «Frauen im Laufgitter» gibt genügend Belege dafür her, die es auch erlauben, die Rezeption dieses Werks zu verstehen, das auch in der Linken nicht auf Gegenliebe stiess. Daher greifen Hinweise auf Iris von Rotens «Dogmatismus» oder auf ihr undiplomatisches Auftreten⁵ zu kurz, um die oft ablehnende Rezeption ihres Werks zu erklären.

Berechtigte Kritik an den Gewerkschaften...

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass es für Iris von Roten neben der bürgerlichen Frauenbewegung, die sich auf den Kampf für das Stimm- und Wahlrecht für Frauen konzentriert und deren Beschränktheit sie kritisiert, nichts gibt. Eine Arbeiterinnenbewegung nimmt sie nicht zur Kenntnis, weder in deren praktischen Kämpfen noch in deren theoretischen Beiträgen. Die Gewerkschaften stellt sie auf eine Ebene mit den Patrons: Durch die früheren Zünfte hätten die Männer eine Organisationstradition, die ihnen *«schliesslich die Möglichkeit gab, den Arbeitgebern eine gleich grosse Kraft entgegenzustellen, wo nicht das Feld zu beherrschen»* (S. 110). **Bezüglich Frauenrechte** boten die Gewerkschaften in der Tat oft genug Hand zu diskriminierenden Regelungen (etwa in den von ihnen ausgehandelten Gesamtarbeitsverträgen).

Iris von Rotens berechtigte Kritik an

der frauenfeindlichen Politik auch der Gewerkschaften (sehr treffend formuliert auf S. 99 und 113) verleitet sie aber dazu, das grundsätzliche Machtgefälle zwischen Kapitaleignern und Lohnabhängigen – beste-

«Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern ihrer jeweiligen Klasse,
nicht Befreiung aller Frauen von Ausbeutung und Unterdrückung.»

hend sowohl aus Frauen wie aus Männern – in einer Klassengesellschaft zu verkennen. So kann sie auch Passagen schreiben, die von Klassendünkel und Ignoranz gegenüber den Lebensbedingungen der Frauen der unteren Schichten geprägt sind: «Nicht besonders begabte [Frauen] werfen sich gerne auf die Betätigung jener Begabung, in der sie den anderen nicht nachstehen. Zudem gibt es bei ihnen keine Kollision mit anderen Begabungen. Und die Möglichkeit wirtschaftlicher Bedrängnis durch unverhältnismässig viel Nachwuchs ist ihnen genau so gleichgültig wie dem eigenwilligen Maler die Unverkäuflichkeit seiner Bilder. Und wie jener schämen sie sich nicht, Unterstützung in dieser oder jener Form anzunehmen, empfangen sie die Almosen doch nicht für sich selbst, sondern für ihr ‚Werk‘.» (S. 340).

... aber aus einer urliberalen Perspektive

Sie kritisiert auch den Ausbau der Arbeitslosenhilfe: Die hiesige christliche Tradition vertrete nicht «die Ansicht, dass niemand verhungern solle oder dann alle miteinander gleichmässig, sondern Sorge für «noblesse oblige» [Adel verpflichtet]! Der Reiche solle den Armen vor dem Äussersten bewahren. Der Sozialismus, der gerade in der Schweiz den Liberalismus unmerklich und uneingestandenermassen zu einem grossen Teil ersetzt hat, baute im Laufe der letzten Jahrzehnte die Leistung, zu der die ‚noblesse‘ verpflichtet, so aus, dass aus den Bitten der Armen rechtliche Ansprüche und aus den milden Gaben der Reichen Tribute geworden sind. Oft ist schwer zu beurteilen, wer nun eigentlich der Reiche und wer der Arme ist.» (S. 129) Dies publiziert Iris von Roten 1958, mitten im Kalten Krieg, und stellt sich damit in die Reihe der Warner, die im sozialen Fortschritt, etwa im damaligen Ausbau der AHV, eine für die Bourgeoisie bedrohliche Entwicklung sahen.

Daher bleibt auch Iris von Rotens Forderung nach Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit seltsam abstrakt. Eine solche Arbeitszeitverkürzung ist aus ihrer Sicht notwendig, auch um die unbezahlte Hausarbeit unter den Geschlechtern gerecht zu teilen.

Doch mit welchen Bündnissen kann eine solche Forderung durchgesetzt werden? Welches waren die Kräfte, welche die bisher erfolgten Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt hatten? Um hier nicht die Gewerkschaften oder die Arbeiter_innenbewegung insgesamt nennen zu müssen, schweigt Iris von Roten in über 500 Seiten beharrlich hierzu.

In einem geschichtlichen Abschnitt äussert sie sich kritisch über den Machtverlust adliger Frauen im Zuge der bürgerlichen Revolution: «Es wimmelt da von Herren, an die als Herren ihrer Enkelinnen manche weiblichen Ahnen nicht im Traume gedacht hätten. Sind es doch die Nachkommen ihrer leibeigenen Stallknechte.» (S. 470) Sicherlich greift Iris von Roten zu Recht die grundsätzliche Benachteiligung der Frauen auch im Zeichen der französischen Revolution an: Dass die Erklärung der Menschenrechte (1789) explizit nur die Rechte der Männer meinte. Jedoch kann eine feministische Haltung heute ja nicht in der Verteidigung der Privilegien der Frauen kleiner herrschender Schichten bestehen – oder etwa doch? Der aktuelle Karriere- und Salonfeminismus lässt grüssen... Aus diesen und weiteren Bemerkungen lässt sich ein konsistentes Weltbild herauslesen, das auf Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern ihrer jeweiligen Klasse hinausläuft, nicht auf eine Befreiung aller Frauen von Ausbeutung und Unterdrückung.

Ist Iris von Rotens Buch aufgrund der liberalen Haltung und dem grundsätzlichen Einverständnis mit einer Gesellschaft von Klassen und Ungleichheiten wertlos? Nein, denn bürgerliche Freiheiten und Rechte sind an sich eine Errungenschaft, hinter die nicht mehr zurückgewichen werden sollte, auch und vor allem nicht im Kampf für eine klassenlose Gesellschaft mit gleichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rechten für alle. Iris von Rotens systematische Aufarbeitungen und die Breite ihrer Analysen – Berufstätigkeit, Liebesleben, Mutterschaft, Hausarbeit, politische Rechte – bleiben als Zeitzeugnis von Bedeutung. Sind doch etliche ihrer Forderungen bis heute nicht erfüllt. Und ihre sprachliche Kraft zeigt sich in bestechenden Formulierungen, die der Kritik einen einzigartigen Ausdruck verleihen. ♦

1 Verlag Hallwag, Bern 1958, zweite Auflage 1959.

Zitate und Seitenverweise verweisen auf diese Ausgabe.

2 Ausstellung «Leidenschaft und Widerspruch – Iris und Peter von Roten», siehe www.irisundpeter-vonroten.ch.

3 Olympe – Feministische Arbeitshefte zur Politik, Nr. 28 (Februar 2009): Offene Worte: Zur Aktualität von Iris von Rotens «Frauen im Laufgitter», Hg. Elisabeth Joris, Patricia Purtschert, Heidi Witzig.

4 Diese und weitere Informationen zu Kontext und Rezeption finden sich im Nachwort von Elisabeth Joris zur Neuauflage von «Frauen im Laufgitter» aus dem Jahr 1991, eFeF-Verlag: «Die Fünfzigerjahre – Das Werk – Die Autorin».

Durchdringendes Bild der Hausarbeit

Iris von Rotens eindringliche Analyse der vielfältigen Aspekte der unbezahlten Hausarbeit ist ein Höhepunkt ihres Werks. Sie macht den Alltag der damaligen «Hausfrau», mit oder ohne Dienstpersonal, unglaublich präsent: Man glaubt den Dunst der geschäftigen Küchen zu riechen, die stadtweit alle um die Mittagszeit zu dampfen hatten, während auf der Strasse alles stillstand. Die den Frauen antrainierte Sparsamkeit und Manie der Verwertung jedes Stofffetzchens wird

fast bedrängend präsent. Es ist denn auch eine grosse Leistung des Buches, die praktische und damit auch die gedankliche Welt, die mit dem Familienmodell der 1950er Jahre verbunden war, in ihrer Beengtheit fassbar zu machen. Damit lässt sich die Prägung früherer Frauengenerationen nachspüren und es wird ersichtlich, welch gewaltigen Schritt sie aus diesem vorgespurten Lebenslauf zu tun hatten, um zu ihrem Recht auf Entfaltung zu gelangen.

Der Streik bei der Unia in Bern ist beendet. Das Management der Gewerkschaft hat den von den Streikenden nicht akzeptierten «Vermittlungsvorschlag» per Dekret als gültig erklärt. Dass damit das Problem gelöst ist, muss bezweifelt werden. Jedoch kann man aus der jüngsten Geschichte einige Schlüsse ziehen.

Hanspeter Gysin

Ein kleiner Kurs in Bürokratiekunde

Im Februar 2011 ist bekanntlich eine Mehrheit der Gewerkschaftsangehörigen des Kantons Bern für einige Tage in den Ausstand getreten. Auslöser des Konflikts war, dass Nazmi Jakurti als gewählter Interessenvertreter des Gewerkschaftspersonals und als Ko-Präsident der Unia-Personalkommission

schnell und einfach zu erledigen gewesen: Es hätte nur ein Nachgeben bei den beiden Streitpunkten gebraucht und ein Eingeständnis, dass man wohl etwas zu unsensibel, autoritär und unter Regelverletzungen gehandelt habe. Doch gegen Selbstkritik ist eine Bürokratie immun. Zu gross ist ihre

war festgehalten: a) Er, der oberste Boss, ist (alleiniger) Vermittler in der Sache und spricht mit den Basisleuten, die den Streik mehrheitlich unterstützt hatten; b) Alle Beteiligten am Streik verpflichten sich zu absolutem Stillschweigen zur Sache; c) Die Massnahmen, die den Konflikt ausgelöst hatten, werden suspendiert (das heisst: Jakurtis Verwarnung zurückgezogen und Herzog wieder eingesetzt).

Um Karrieren geht es

Eigentlich müsste man meinen, mit dem Verzicht auf die genannten Massnahmen hätte sich die Sache erledigt und eine weitere Diskussion erübrigt. Weit gefehlt, denn hinter dem willkürlich ausgelösten Konflikt verbarg sich ein Masterplan der Gewerkschaftsbürokratie. Im eigentlichen Kern der Querelen steckt die bereits vorgespurte Erneuerung der alternden Bürokratie. Es stehen Rücktritte altershalber bevor. Neue, junge und natürlich der alten Leitung gefügte Nachfolger_innen müssen recht kurzfristig in ihr Amt eingeführt werden. Diese wurden bereits vor Jahren einem Casting unterzogen, auserwählt, gefördert und mit Vorschusslorbeeren überhäuft. Im kommenden Jahr finden der Kongress und damit Neuwahlen statt. Die Zöglinge sind auf ihrem Karriereweg natürlich auch zunehmend dazu erkoren, den Kurs der Zentralisierung der bürokratischen Macht durchzusetzen. Ein Kurs, der von oben vorbereitet und von Kongressabstimmungen einer schlecht informierten Basis gestützt wird. Diese Zentralisierung geschieht unter dem Vorwand der Effizienzsteigerung und der Entwicklung einer «klaren Linie». In der Praxis bedeutet sie jedoch, dass den Sektionen als kleinste Einheiten der Gewerkschaften Schritt für Schritt ihre bisherige relative Autonomie entzogen wird.

Die Mitarbeitenden an der Front und deren direkte Vorgesetzte werden zunehmend zu Subalternen degradiert, welche kaum mehr eigene Kompetenzen besitzen und zunehmend Befehlsempfänger der Leitung auf



Rede des obersten Bürokraten Paul Rechsteiner, SP-Nationalrat und Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes am 1. Mai 2008.

einer ungerechtfertigten Repressalie durch das Management ausgesetzt wurde. Im Anschluss setzte die Geschäftsleitung Roland Herzog als Leiter der Unia-Sektion Bern ab – ohne die Mitgliederbasis, die ihn gewählt hatte, zu konsultieren.

Eine Gewerkschaft in mehrfacher Krise

Gedrängt von dem öffentlich gewordenen und als imageschädigend verstandenen gewerkschaftsinternen Konflikt sah sich das Unia-Management zum Handeln veranlasst. Zwar wäre die Sache für die Unia-Leitung

Furcht, beim von ihr gemanagten Umfeld, dem Personal und den Mitgliedern den Eindruck mangelnder Durchsetzungskraft und fehlender Autorität zu hinterlassen. In einem ersten Schritt sind die Zentralsekretäre als unmittelbare Urheber der beiden Konflikte in den Hintergrund getreten, um ihrem obersten Chef Renzo Ambrosetti die «Problemlösung» zu überlassen. Dieser konnte sich – quasi unbefleckt und kraft seiner Stellung – als weisen Vermittler präsentieren. Ambrosetti hat in der Folge einer Delegation der Streikenden eine bereits fertig formulierte «Vereinbarung» vorgelegt. Darin

«Die Gewerkschaftsbürokratie ist auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen, den Arbeitsfrieden aufrecht zu erhalten.»

nationaler und regionaler Ebene sind. Parallel dazu verlieren auch die Mitgliederstrukturen in den Sektionen Mitentscheidungsrechte, die an die nächst höheren und von der Zentrale besser kontrollierbaren Stufen weitergereicht werden.

In einer Organisation wie einer Gewerkschaft muss die Karriere von sogenannten Wahlen begleitet sein. Die Mitgliederbasis respektive eine Versammlung von dazu bestimmten Delegierten wählt die Kader in ihre Ämter. Das Problem dabei ist, dass bei solchen Versammlungen in der Regel nur zwischen der vorgeschlagenen Kandidatur

zaubern wären. Schwer verständlich ist, wie auch mehrere erfahrene Gewerkschaftssekretär_innen auf Seite der Streikenden einem solchen «Vorschlag» zustimmen konnten.

Inzwischen ist die Vermittlung als gescheitert erklärt worden. Da sich auch die Mehrheit der Mitgliederbasis der betroffenen Sektionen trotz aller Überredungsversuche nicht vom Kurs der obersten Leitung überzeugen liess. Kurzerhand wurden die Basisgremien der oppositionellen Sektionen unter Vormundschaft der zentralen Geschäftsleitung gestellt: Der oberste Boss übernahm selber die Leitung der Region, die ehemals Strei-

Die Bürokratie, ein unterschätztes (Un-)Wesen

Die Gewerkschaftsbürokratie, ob sie es leugnet oder nicht, ist auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen, den Arbeitsfrieden aufrecht zu erhalten. Weshalb?

Weil die Alternative dazu bedeuten würde, dass die Unternehmer und ihre Verbände gar nicht mehr interessiert wären, mit der Bürokratie Gespräche zu führen. Die Leitungen der Gewerkschaften haben sich in den letzten Jahrzehnten politisch in eine Situation manövriert, in der sie nur noch die Wahl haben zwischen Pest und Cholera: Entweder ihre Krise und die ihrer Organisationen irgendwie zu verwalten und sich dabei dem Unternehmertum nützlich zu zeigen. Oder: In der politischen Bedeutungslosigkeit zu verschwinden. Die Gewerkschaften sind heute – den grossen Worten von Kampf und Widerstand zum Trotz – nicht fähig, einen wirklichen Streik durchzustehen. Einen Streik, der auch zu einer realen Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen dem dominierenden Kapital und der ausgebeuteten Arbeitskraft führen könnte. Ihre Aktivitäten beschränken sich auf mediales Brimborium, auf wortreiche Schaumschlägerei und darauf, ihre Niederlagen und ihr Versagen in Siege und Erfolgsmeldungen umzuinterpretieren.

Die Akteure der Bürokratie scheinen (ob bewusst und aus Überzeugung oder unbewusst aus einem individuellen Gefühl der Alternativlosigkeit heraus) keine anderen Perspektiven zu kennen als jene, die pure Existenz ihres Systems um jeden Preis zu verteidigen. Wo bleibt der konsequente Kampf gegen die Ausbeutung der Menschen, welche für ihr Überleben darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen? Wo bleibt die aktive Verteidigung ihrer sozialen Errungenschaften? Es bleibt der Wunsch nach Anerkennung, und dies bei allen Seiten! Bei den Lohnabhängigen mit ihren Hoffnungen und Problemen *wie auch* bei den Unternehmern mit ihrem Anspruch, möglichst frei über deren Arbeitskraft zu

«Die Akteure der Bürokratie scheinen keine anderen Perspektiven zu kennen als jene, die pure Existenz ihres Systems um jeden Preis zu verteidigen.»

oder einer ungelösten Situation entschieden werden kann. Das war auch an der regionalen Delegiertenversammlung in Bern nicht anders: Die Versammlung bestätigte die einzige vorliegende (Ko-)Kandidatur für die Leitung der Region Bern, den Sekretär Udo Michel und die grüne Politikerin Nathalie Imboden. Erst später wurde den Wählenden bewusst, dass die beiden Gewählten designiert waren, eine Politik zu betreiben, welche die Mehrheit der Mitglieder ablehnte.

Den Bock zum Gärtner machen

In diesem Konflikt wurde also der oberste Verantwortliche für die Misere – Renzo Ambrosetti – zum Schiedsrichter gemacht. Allen ausser ihm wurde ein Maulkorb verpasst. Dies verunmöglichte es, offen über den Gang der Dinge zu informieren und zu diskutieren. Es verhinderte zudem, dass der durch den Streik erzeugte politische Druck aufrecht erhalten werden konnte. Nachdem die beiden Schlüsselpositionen geschluckt waren, konnten die Repressionsmassnahmen ohne Gesichtsverlust zurückgenommen werden, zumal diese in einer veränderten Situation ohne Weiteres wieder aus dem Sack zu

kenden unterstanden fortan also direkt seinen Befehlen. Dieser verschaffte sich zudem die Machtfülle, Nachfolgeregelungen in der Region massgeblich selber zu bestimmen. In der Work-Zeitung vom 15. April 2011 erschien dann ein Interview mit Ko-Präsident Renzo Ambrosetti – wohl in der Absicht, einen endgültigen Schlussstrich unter die Affäre zu ziehen. Natürlich kam dabei nur seine Position zu Wort und nicht die der Gegenseite. Wortreich erklärt darin der Gewerkschaftsboss, wie er sich vergeblich um eine «Vermittlung» bemüht habe. Letztendlich hätte er – angesichts der Aussichtslosigkeit, seinen «Lösungsvorschlag» durchzubringen – leider, leider «hart sein» und zum Mittel des Dekrets greifen müssen. Dabei bedeutet für ihn die Aussage *«Wir haben einen Kompromiss gefunden...»* nicht etwa, dass er und seine Kontrahenten sich gefunden hätten. Mit «wir» meint er alleine das Management der Gewerkschaft. Immerhin, so Ambrosetti, seien nun «alle am Konflikt Beteiligten wieder an Bord». Als Haupterfolg seiner «Bemühungen» deklariert er die Abwendung des Versuchs der grossen Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder, die Regionalleitung abzuwählen.

verfügen. Erst diese Zweideutigkeit, den Lohnabhängigen ein mindestens duldbares Ausbeutungsverhältnis zu ermöglichen *und* den Unternehmern gleichzeitig ihre Profi-

vornimmt und neoliberalen Reformen das Terrain bereitet; dass hinter gewerkschaftlichen Propagandaoffensiven oft erheblich weniger steckt als versprochen; dass demokratische Prinzipien nur so lange gelten, als die Hegemonie der Gewerkschaftsleitung nicht in Frage gestellt wird.

Von den medial gross ausgeschlachteten «Kampfaktionen» der letzten Jahre – von Zeba über Allpack und Zilyss bis Swissmetal – ist heute nicht die geringste Spur übriggeblieben. Ein Streikführer wie Nicolas Wuillemin kehrt der Gewerkschaft angewidert den Rücken; die beispielhafte Leitfigur des Streiks bei der Officine in Bellinzona, Gianni Frizzo, wird durch ein klassisch bürokratisches Manöver seines Präsidentenamtes enthoben; der Präsident der Betriebskommission von Clariant Jörg Studer wird bis zu seinem resignierten Rücktritt im Stich gelassen, weil er mehr als nur

einen Sozialplan durchsetzen wollte. All diese Beispiele entgehen den Leuten nicht. Die Liste der Versäumnisse und Widersprüchlichkeiten ist lange: Die Gewerkschaft kritisiert zwar auf der einen Seite die sich immer mehr ausbreitende lohnbrecherische Temporärarbeit. Dann aber schliesst sie einen rudimentären Vertrag mit Temporärfirmen ab. Sie fordert einen Mindestlohn, aber gleichzeitig unterzeichnet sie Verträge, die Hungerlöhne weit unter dem geforderten Niveau festlegen. Sie feiert Verhandlungserfolge, während sich gleichzeitig die Lohn- und Arbeitsbedingungen stetig verschlechtern und die Gewerkschaften dem Lohn-dumping hilflos gegenüber stehen, weil die flankierenden Massnahmen zur Personen-freizügigkeit mit der EU nicht greifen.

Man braucht nicht Gewerkschaftssekretär_in zu sein, um festzustellen: Die neoliberalen Reformen des Bürgertums schreiten seit Jahrzehnten voran, die Arbeitshetze wird stetig grösser, ohne dass die Löhne mit der Produktivität Schritt halten. Die Betriebe mit gesellschaftlichen Aufgaben, deren Aufbau im letzten Jahrhundert mit Steuergeldern berappt wurde (Spitäler und andere Pflegeeinrichtungen, die SBB und andere Gesellschaften des öffentlichen Verkehrs, die PTT, der Garant für ein Kommunikationsnetz in öffentlichem Besitz und viele anderen «volkseigenen» Institutionen), werden nach und nach an Private verschachert. Es genügt, im realen Arbeitsleben zu stehen und öffentliche Dienstleitungen in Anspruch nehmen zu müssen, um diese Entwicklungen zu sehen.

Der falsche Kurs

Die Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaften haben sich im Kalten Krieg der Blockauseinandersetzung unterwürfig der antikommunistischen Propaganda angeschlossen und sind bedenkenlos Bündnisse mit dem Bürgertum eingegangen. Die Anhänger der Herrschaft Stalins, seiner Adlaten und deren Nachfolger haben das ihre getan, um die Ausbeutung der Arbeitskraft durch das westliche Kapital für die Bevölkerung als weniger furchterregend erscheinen zu lassen als die sowjetische Kommandowirtschaft. Daraus resultiert der Bruch mit dem Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse und die Zerstörung des klassenbezogenen Bewusstseins. Dem Bewusstsein nämlich, dass Lohnabhängige zusammenstehen müssen, um der Tretmühle des Arbeitszwangs und der Ausbeutung zu entgehen, und um sich nicht nach Nationalität, Ethnie, Geschlecht, Alter etc. auseinanderdividieren zu lassen.

Es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass solch verschüttetes Bewusstsein in Erinnerung gehalten wird und dereinst wieder einen Aufschwung erlebt. Die Kritik der Bürokratie scheint mir dazu eine entscheidende Voraussetzung♦



Will die Unia mit ihrem Sprechblasen-Logo Dialogbereitschaft symbolisieren? Mit den Unternehmern ja, mit den eigenen Angestellten wohl nicht.

tansprüche zugestehen, erst dies stellt der Bürokratie ihr Existenzrecht auf alle Ewigkeit in Aussicht.

Eine wesentliche Begründung bürokratischer Handlungsweisen wird begleitet vom ewigen Gejammer über die Inaktivität der Arbeiterschaft und deren mangelnde Bereitschaft zur Einzahlung ihrer Mitgliederbeiträge. Kaum ein Bürokrat begreift, dass der durchschnittliche Lohnabhängige vielleicht selbstbezogen ist, manchmal Bildungsdefizite aufweist, von Konkurrenzdenken und Konsumdrang befallen, jedoch nicht dumm ist. Den Menschen am Arbeitsplatz entgeht nicht, dass zwischen Schein und Sein der Gewerkschaft Lücken klaffen; dass die Sozialdemokratie als politische Hauptstütze der Gewerkschaft selber soziale Abbauschritte

Eine kritische Reflexion der sozialen Realität durch Krimis – das haben Schriftsteller des «roman noir» **nach 1968 versucht. Anders als in früheren politischen Romanen** gibt es hier keine Held_innen, sondern nur Individuen, die von der Müdigkeit des alltäglichen Lebens angetrieben werden, so auch in Izzo's Kurzgeschichten «vivre fatigue».¹

Maurizio Coppola

Keine Wahrheit, nur Geschichten...

Als 1981 und 1988 François Mitterrand zwei Mal zum französischen Staatspräsidenten gewählt wurde, war zwar eine «linke» Regierung an die Macht gekommen, geändert hatte sich aber für die Lohnabhängigen nichts. Einige Aktivist_innen, die sich im Pariser Mai 68 für eine revolutionäre Gesellschaftsveränderung eingesetzt hatten, zogen sich desillusioniert aus Parteien und Bewegungen zurück und begannen, politische Krimis zu schreiben. Dies verstanden sie als Fortführung des Engagements mit anderen Mitteln. Der politische Aktivismus wurde zwar gebremst, der Krimi ermöglichte es jedoch, an einer Veränderung und Kritik der Gesellschaft festzuhalten. Durch die äusserst realitätsnahe Sprache war es den Autoren möglich, gesellschaftliche Gewalt und befreiende Momente, Pessimismus und Hoffnung in eine neue Romanform zu verpacken.

Der «roman noir» als Kritik der modernen Gesellschaft

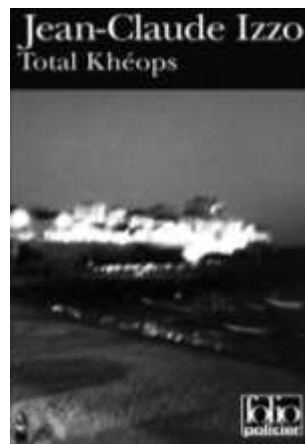
Der *roman noir* knüpft an die literarische Tradition Frankreichs an. Ähnlich wie z.B. schon Gustave Flaubert die Zeit der Revolution von 1848 in konkrete historische Erzählungen fasste, beschreiben die Autoren des *roman noir* die Gegenwart und ihre Geschichte. Historische Ungerechtigkeiten oder politische Überzeugungen gehören zu den Motiven von Verbrechen: Verzweiflung und Gewalt stehen im Zentrum der Erzählungen – kompromisslos und detailliert dargestellt.

Lesetipps

Jean-Claude Izzo hat unter anderen folgende Romane in französischer Sprache publiziert: Total Kheops (1995), Chourmo (1996), Les marins perdus (1997), Vivre fatigue (1998) und Solea (1998). Total Kheops, Chourmo und Solea sind auch als Die Marseille Trilogie bekannt und in die deutsche Sprache übersetzt worden (2009, Unionsverlag).

IZZOS «vivre fatigue»

Jean-Claude Izzo, Sohn neapolitanischer Migranten in Marseille, 1945 geboren und



Ernest Mandel³ sagte einst über die Autoren des «roman noir»: «All diese Bücher zeichnen sich aus durch die Sorge um die 'vergessene Geschichte', das heisst durch die Absicht, die Erinne-

im Jahre 2000 gestorben, gehörte zu den Autoren dieser Gattung. Ganz nach der Idee von Jim Harrison «Es gibt keine Wahrheit, es gibt nur Geschichten» **erzählt der Autor in seiner 1998 publizierten Kurzgeschichten-Sammlung «vivre fatigue»** alltägliche Erlebnisse herkömmlicher Menschen in Marseille. Interessanterweise erscheinen diese Menschen jedoch als «Extremes» der modernen Gesellschaft: Prostituierte, Matrosen, Sans-Papiers, kurz: Lohnabhängige, die ganz besonders unter die Räder kapitalistischer Dynamiken kommen. So wird Osman – türkischer Papierloser, der seine Familie im Herkunftsland lassen musste – Opfer des alltäglichen und gewalttätigen Rassismus, weil er gerne den spielenden Kindern im Park zuschaut und dabei nostalgisch an seine eigene Kinder denkt. Oder die Prostituierte Marion, die aus Eifersucht gegenüber Théo – mehr als nur ein Klient – und beruflicher Müdigkeit schliesslich ihn und sich selbst erschiesst. Die Geschichten erzählen von Demütigungen und zerbrochenen sozialen Illusionen. Sie beschreiben gleichzeitig aber auch ganz einfache menschliche Momente, wobei die Frage gestellt wird «est-ce vraiment cela, la vie?»²

rung an die Besiegten der Geschichte wachzuhalten. Neben der vorbehaltlosen Ablehnung einer korruptierten, korumpierenden und inhumanen Gesellschaft verbindet all diese Autoren eine ernsthafte Anteilnahme an den mehr oder weniger gebrochenen Individuen, die diese Gesellschaft hervorbringt. Darunter gibt es keine Helden und Heldinnen. Wir haben es mit Antipoden der **'positiven Gestalten' des einstigen 'sozialistischen Romans' zu tun... Die Protagonisten, auch diejenigen, mit denen die Autoren sich zu identifizieren scheinen, sind gekennzeichnet durch Zweifel, Zaudern, Ohnmachtgefühle, Gewissensbisse, Mehrdeutigkeit, Schuld und auch ein bisschen Paranoia, wenn nicht gar Selbsthass. Auch hier hat die Phase nach dem Mai 68 ihre Spuren hinterlassen.**⁴ ♦

¹ «Vivre fatigue» kann etwa mit «Leben macht müde» übersetzt werden.

² «Ist das wirklich das Leben?»

³ *1923, † 1995, einflussreicher marxistischer Ökonom.

⁴ Zitiert von Elfriede Müller, Frieder Rörtgen und Alexander Ruoff im Nachwort von Frédéric H. Fajardie (2003, französische Originalausgabe 1988): Rote Frauen werden immer schöner. Berlin: Assoziation A.

Ende Mai ist die erste Ausgabe der neuen Zeitschrift *Emanzipation** erschienen. Die Zeitschrift will zur Neuformierung einer antikapitalistischen Linken im deutschen Sprachraum beitragen. Christian Zeller zählt zu den Initiatoren von *Emanzipation*. Er stellt im Gespräch mit Sarah Schilliger die neue Zeitschrift vor.

Emanzipation – eine neue Zeitschrift

Die Zeitschrift *Emanzipation* trägt den Untertitel *Zeitschrift für sozialistische Theorie und Praxis*. Wie ist es zum diesem Titel gekommen?

Der Begriff *Emanzipation* steht als sehr umfassender Begriff im Zentrum der neuen Zeitschrift. Er enthält die Perspektive der Befreiung, genauer der Selbstbefreiung der Lohnabhängigen und aller Ausgebeuteten und Unterdrückten. Die Zeitschrift will Bewegungen von Menschen verstehen lernen und unterstützen, die versuchen, die Geschichte in die eigene Hand zu nehmen, um sich sowohl individuell als auch kollektiv zu befreien. *Emanzipation* meint somit die Befreiung von jeder Form der Ausbeutung, Ungleichheit und Unterdrückung, egal, ob es sich um spezifisch kapitalistische Mechanismen handelt oder um solche, die älter als der Kapitalismus selbst sind.

Emanzipation also auch im Sinne von Geschlechteremanzipation?

Die *Emanzipation* von Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen, die mit den Geschlechtern zusammenhängen, gehört genauso dazu wie diejenige, die sich gegen die Diskriminierung auf Grund der Herkunft zur Wehr setzt. Die *Emanzipation* soll konsequent und grundsätzlich auf der Seite der Unterdrückten und Ausgebeuteten stehen, egal, um welche spezifische Form es sich handelt.

Hat die *Emanzipation* einen Avantgarde-Anspruch? Oder will sie in erster Linie bestehende Auseinandersetzungen beleuchten?

Die *Emanzipation* soll ein Produkt sein von gegenseitigem und gemeinsamem Lernen und Lehren. Sie soll bestehende Bewegun-

gen aufgreifen, verarbeiten und von ihnen lernen, aber sie soll auch versuchen, neue Impulse zu liefern. Eine Zeitschrift kann aber keine Avantgarde sein.

Anspruch schon haben?

Im deutschen Sprachraum gibt es derzeit keine Zeitschrift, die erstens einen radikal antikapitalistischen und sozialistischen Anspruch hat, zweitens diesen Anspruch auch wissenschaftlich zu begründen versucht und drittens auch politisch eingreifen will. Letzteres soll vor allem dadurch geschehen, dass aktuell stattfindende politisch-soziale Kämpfe aufgegriffen, übersetzt und kontextualisiert werden. In diesem Sinne soll es keine rein akademische Debatte werden, sondern auch ein Projekt der politischen Intervention.

Da die Zeitschrift nur zweimal jährlich erscheint, ist es klar, dass sie nicht alle aktuellen Themen beleuchten kann. Auch deswegen wollen wir selektiv vorgehen und versuchen, bestimmte Themen so aufzugreifen und zu vertiefen, dass sie wiederum auch die politische Praxis befördern können.

Was erwidert du auf den Vorwurf, die *Emanzipation* sei eine weitere Zeitschrift im bereits sehr dichten linken Blätterwald, wo viele linke Strömungen ihre eigenen Publikationsprojekte verfolgen? Oder soll eure Zeitschrift etwa strömungsübergreifend ausgerichtet sein?

Wir haben einen antikapitalistischen und kritisch-sozialistischen Anspruch. Die *Emanzipation* soll unterschiedliche antikapitalistische Perspektiven, seien sie revolutionär-sozialistisch, anarcho-syndikalistisch, libertär, öko-sozialistisch und feministisch-sozialistisch zum Ausdruck bringen und kritisch hinterfragen. In diesem Sinne will die Zeitschrift Farbe bekennen und zugleich pluralistisch sein. Das heißt aber nicht, dass wir ein unverbindliches und nach allen Seiten offenes Debatteforum sein wollen.



Ein wichtiger Aspekt ist, dass die Zeitschrift zwar auf Deutsch erscheint, inhaltlich allerdings klar international ausgerichtet ist. Sie soll sich nicht an den Sprachgrenzen orientieren, sondern für die Neuformulierung und Neuformierung einer internationalen antikapitalistischen und sozialistischen Perspektive wichtige Auseinandersetzungen zur Diskussion stellen. Dies bedeutet auch, dass ein Teil der redaktionellen Arbeit darin besteht, Artikel aus anderen Sprachen zu übersetzen und zu kontextualisieren.

Gibt es nicht viele Zeitschriften, die diesen

«Überall finden sich Fundstücke von Auseinandersetzungen, in denen Lohnabhängige anfangen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.»

Wie beurteilst du in diesem Zusammenhang die Zeitschrift *Widerspruch*? Hat der *Widerspruch* **nicht einen ähnlichen Anspruch**?

Der *Widerspruch* hat ein widersprüchliches Profil. Einerseits publizieren regelmässig Autor_innen vor allem aus Deutschland durchaus interessante, radikale Beiträge zu grundlegenden und internationalen Themen. Wenn es aber um die Schweiz geht, so gehen die Artikel kaum über eine etwas «linkere» sozialdemokratische Position hinaus. In Bezug auf die Schweiz, so ist der *Widerspruch* kaum mehr als eine sanfte, intellektuelle Begleit- und Korrekturstimme zur Sozialdemokratischen Partei und zu den Führungen der grossen Gewerkschaften. Das ist nicht interessant.

Gibt es in der Schweiz derzeit Themen, die für die *Emanzipation* von Bedeutung sind?

Von pulsierenden sozialen Kämpfen kann im deutschen Sprachraum zur Zeit nicht wirklich gesprochen werden. Dennoch gibt es in all diesen Ländern Fundstücke von Auseinandersetzungen, in denen Lohnabhängige anfangen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Die vergangenen Arbeitskämpfe etwa in Deisswil oder Bellinzona hatten durchaus eine Bedeutung, auch wenn sie regional begrenzt waren. Aber auch Auseinandersetzungen im nicht-betrieblichen Bereich wie etwa der Kampf der Flüchtlinge, Kämpfe um Umweltfragen und Lebensbedingungen allgemein sind da zu nennen.

Interessanterweise hat sich in Deutschland um den Bahnhof Stuttgart eine reelle und grosse Volksbewegung formiert, die teilweise auch neue Fragen aufgeworfen hat: Es geht um das Recht auf die Stadt! Wie wird heute das Leben in einer Stadt organisiert? Und wie könnte es anders organisiert sein? Diese Bewegung wehrt sich dagegen, dass die Stadt nur als Quelle von Kapitalverwertung und Profit verstanden wird.

Aber auch die Anti-AKW Bewegung hat in

Deutschland sehr viel Einfluss und Dynamik. Und sie hat es mittlerweile geschafft, die Kräfteverhältnisse tatsächlich zu beeinflussen. Überhaupt spielen die Umweltprobleme, die immer zugleich soziale Fragen verkörpern, und besonders die globale Erwärmung eine zunehmend wichtigere Rolle.

In der ersten Ausgabe befasst ihr euch mit dem Thema Ökologie und mit **Ökosozialismus...**

Wir haben das Thema der Wachstumskritik aufgegriffen. Die Umweltfrage ist mit dem Klimawandel wieder verstärkt ins Bewusstsein grosser Teile der Bevölkerung geraten. Auch in der Linken wird sie wieder häufiger diskutiert. Verschiedene Strömungen stellen die Kritik des Wirtschaftswachstums ins Zentrum ihrer Argumentation. Sie plädieren für eine Postwachstumsgesellschaft. Hier stellt sich die Frage, inwiefern eine kapitalistische Produktionsweise ohne Wachstum überhaupt möglich ist. Gerade die jüngste

Krise zeigt deutlich, dass ein wachstumsschwacher Kapitalismus mit schweren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen verbunden ist. Kapitalherrschaft ist auf Kapitalakkumulation angewiesen. Wir haben in der ersten Ausgabe von *Emanzipation* die Wachstumskritik aufgegriffen, gleichzeitig aber auch versucht, darüber hinauszugehen und auch danach zu fragen, wie und was produziert und reproduziert wird.

In diesem Zusammenhang ist der industrielle Umbau, also die Neuausrichtung unserer Produktion, von zentraler Bedeutung und muss in eine Systemkritik integriert werden. Eine grundsätzliche Ablehnung von Wachstum kommt für mich nicht in Frage, gibt es doch zahlreiche Bereiche, auf die heute viel zu wenig Wert gelegt wird. Im Gesundheits-, Pflege- und Bildungswesen, aber auch in der Forschung sind heute enorme menschliche Bedürfnisse vorhanden, die ein selektives und qualitatives Wachstum erfordern. Da gibt es auch Bereiche, wo grosse Bedürfnisse nach weiterer menschlicher Arbeit bestehen.

Inhalt der ersten Ausgabe

- ▶ Redaktion: *Emanzipation* - eine neue Zeitschrift für sozialistische Theorie und Praxis, S. III-IV
- ▶ Christian Zeller: Zu dieser Ausgabe, S. V-VII
- ▶ Christian Zeller im Gespräch mit Elmar Altvater: «**Wer von der Akkumulation des Kapitals nicht reden will, soll zum Wachstum schweigen**», S. 1-21
- ▶ Jean-Marie Harribey: *Décroissance* - Anatomie einer Bewegung, S. 22-33
- ▶ Eduardo Gudynas: Linke und politische Ökologie in Südamerika. Die Grenzen des Fortschritts und die Erneuerung der progressiven Bewegungen, S. 34-50
- ▶ Anneliese Braun: «Neo-matriachale Alternativen» und ihre Kritik. Ökofeminismus als «neue Patriarchats- und Zivilisationskritik», S. 51-65
- ▶ Daniel Tanuro: Energie und Umbau der Produktion. Herausforderungen für eine ökosozialistische Alternative, S. 66-50
- ▶ Gisela Notz: Zum Begriff der Arbeit aus feministischer Perspektive, S. 84-96
- ▶ Bodo Zeuner: Die softe Mitte. Warum die grüne Partei so viele Erwartungen auf sich zieht, und was von ihr erwartet werden kann, S. 97-103
- ▶ Paul Kleiser: Wächst das Rettende auch? Die Debatten um das Wirtschaftswachstum, S. 104-111

«Ich gehe davon aus, dass die Leser_innenschaft nicht homogen sein wird. Es wird politische und gewerkschaftliche Aktivist_innen geben, kritische Studierende und hoffentlich auch Forscher_innen.»



«Im Gesundheits- und Pflegewesen sind heute enorme menschliche Bedürfnisse vorhanden, die ein selektives und qualitatives Wachstum erfordern.»

Auch die Décroissance-Bewegung greift ihr in der ersten Ausgabe der Emanzipation auf. Nachdem diese ja in Frankreich einen gewissen Einfluss erlangt hat, werden Forderungen nach einer Abkehr vom Wachstums- und Konsumdogma nun auch in der Schweiz zum Thema. Dies leider nicht immer im emanzipativen Sinn – zu nennen wäre hier die Ecopop-Initiative, die eine Beschränkung des Bevölkerungswachstums vorsieht, um die «natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern». Birgt die Idee der Décroissance nicht auch potenziell reaktionäre Tendenzen in sich?

Die Decroissancebewegung ist in sich vielfältig. In Frankreich hat sie einen gewissen politischen und intellektuellen Einfluss. Das Problem ist dabei oft, dass zwar wichtige Fragen gestellt werden, sie aber zuweilen auf reaktionäre Art und Weise beantwortet werden. Einige Autoren lehnen beispielsweise die Unterscheidung zwischen Wachstum und Entwicklung ab, zweier völlig unterschiedliche Prozesse. Autoren wie Serge Latouche stellen mit ihren Publikationen sogar den Sinn der Entwicklung peripherer Gesellschaften in Frage. Auch wenn eine solche Position abzulehnen ist, bleibt doch die Frage, in welche Richtung eine Entwicklung geht. Diese Frage ist immer legitim.

Müssen wir denn nicht auch den Entwicklungsbegriff selbst in Frage stellen?

Doch. Wichtig scheint mir, dass wir benennen, welche Art von Entwicklung und Wachstum wir kritisieren. Eine grundsätzliche Ablehnung scheint mir wie gesagt in der Perspektive sozialer Gerechtigkeit und Befreiung nicht vertretbar.

Während einige schon erwähnte Bereiche zweifellos noch ausgebaut und damit «wachsen» müssten, sollten andere Bereiche nicht nur nicht mehr wachsen, sondern radikal umgebaut oder abgeschafft werden. Ich denke hier an die Rüstungsindustrie, aber auch die Auto- oder Atomindustrie. Hier müssen Konzepte entwickelt werden, die es ermöglichen, die darin gebundenen menschlichen Fähigkeiten und Kreativität für andere, gesellschaftlich sinnvolle und ökologisch vertretbare Bedürfnisse zu verwenden. Es stellt sich also die Frage der industriellen Konversion, des Umbaus. Dieser aber muss von den Beschäftigten der jeweiligen Bereiche und den Konsument_innen ausgehen. Er kann also nicht durch autoritäre Regierungsentscheidungen, sondern nur durch soziale und politische Kämpfe und die breite gesellschaftliche Selbstorganisation der Lohnabhängigen erreicht werden.

Eine Frage zum Schluss: Wie soll eure Leser_innenschaft aussehen?

Ich gehe davon aus, dass sie nicht homogen sein wird. Es wird politische und gewerkschaftliche Aktivist_innen geben, kritische Studierende und hoffentlich auch Forscher_innen. Da der Charakter der Zeitschrift eingehende Auseinandersetzungen verlangt, ist die Leser_innenschaft natürlich eingeschränkt. Die Emanzipation wird also keine breitenwirksame Zeitschrift, das wäre ein anderes (auch wichtiges!) Projekt.

Christian, vielen Dank für das Gespräch! ♦

Diejenigen Abonent_innen der Debatte, die ihr Abo während der letzten 12 Monate erneuert haben, erhalten die erste Ausgabe der Emanzipation probeweise zugesendet. Künftig bieten wir ein Kombiabo (Debatte & Emanzipation) zum Preis von 40 Franken jährlich an: Bitte auf dem Einzahlungsschein den Begriff «Kombiabo» vermerken.

Infos zu den Themen der kommenden Ausgaben siehe www.emanzipation.org



Christian Zeller, geb. 1962, Professor für Wirtschaftsgeographie an der Universität Salzburg, Autor von «Globalisierungsstrategien. Der Weg von Novartis» (Berlin 2001), Herausgeber von «Die globale Enteignungsökonomie» (Münster 2004).

Der erste Teil dieses in Thesen gegliederten Beitrags erschien in der Debatte Nummer 16. In diesem zweiten und letzten Teil geht der Autor im Sinn einer kritischen Bilanz nochmals auf Zweck und Grenzen von Avantgarden ein. Weitere Beiträge in kommenden Nummern sollen eine Diskussion um den Begriff anregen (Red.).

Alain Bihr

Zum Begriff der Avantgarde (Teil 2)

These 3. Keine rechtmässigen, nur faktische Avantgarden.

Ein Generalstab schöpft seine Macht aus einer äusseren und übergeordneten Instanz, die ihm Legitimität und Autorität verschafft (der Staat als Urheber des «*Monopols der legitimen Gewalt*» im Falle des militärischen Generalstabes; die vorausgesetzte «Wissenschaft der historischen Gesetze» im Falle des politischen Generalstabes) und in deren Namen er Befehle erteilt. Im Gegensatz hierzu kann eine Avantgarde, wie ich sie verstehe, nicht dekretiert werden: Sie kann sich nicht selbst begründen und sich nicht selbst als solche ernennen.

Eine Avantgarde ist immer nur ein Faktum, wie auch die soziale Situation, in der sie sich befindet und von der sie gewissermassen nur das reflektierte Bewusstsein darstellt. Auch kann die Avantgarde ihre Rolle nur dann spielen, wenn sie sich ihrer privilegierten Situation (und der damit verbundenen Pflichten) bewusst wird. Wenn es ihr also gelingt, aus dieser Situation Erkenntnisse zu gewinnen, die für die Gesamtbewegung gültig sind und mit ihr geteilt werden können. Dies verlangt von jeder Avantgarde, dass sie Prüfungen besteht, d.h. dass sie es schafft, sich als Avantgarde herauszubilden und sich als solche in der Bewegung selbst durchzusetzen: Indem sie jederzeit den Beweis der Richtigkeit ihrer Orientierungen dadurch erlangt, dass diese von der Gesamtbewegung anerkannt werden und die Bewegung damit qualitativ bereichert wird. Die Avantgarde muss demnach durch die Gesamtbewegung

anerkannt werden auf der Grundlage der Unterstützung, die sie der Bewegung zukommen lässt. Diese Anerkennung hängt davon ab, was die Avantgarde für die gesamte Bewegung leistet.



Zentral zum Thema Avantgarde: Selbstbefreiung (Aufstand in der DDR, niedergeschlagen am 17. Juni 1953).

These 4. Keine totalen, nur partielle Avantgarden.

Die Emanzipationsbewegung des Proletariats spiegelt als totales soziales Phänomen in jeder besonderen oder auch einzigartigen Situation, in der sie in Erscheinung tritt (Kampf in einem Unternehmen, Berufsgewerkschaft, nationale Tradition, Ausdruck von Klassenbewusstsein usw.), sämtliche Aspekte, Elemente, Ebenen und Dimensionen der sozialen Aktivität. Es ist für eine einzelne Gruppe oder Organisation völlig unmöglich, alle Erfahrungen dieser Bewegung zusammenzufassen, selbst in einem begrenzten räumlichen und zeitlichen Rahmen.

Jedliche Avantgarde kann lediglich einen

Teil der Situation oder der gesamten Erfahrungen erfassen, an denen sie teilnimmt und die sie zu verstehen versucht, um sie der ganzen Bewegung zur Verfügung zu stellen. Je nach ihrem Engagement in der Bewegung,

ihren Aktivitäten und eigenen Projekten, der Tradition, aus der sie hervorgeht usw., gelingt es der Avantgarde im besten Fall, einen Teil dieser Situation oder dieser soziohistorischen Erfahrung zu erfassen und bewusst zu machen. Andere Avantgarden mit anderen Engagements, Aktivitäten und Anliegen werden notwendigerweise andere Aspekte daraus erfassen, nicht weniger reichhaltige aber auch nicht wertvollere Einsichten.

Daraus folgt natürlich, dass jede Avantgarde partiell ist und somit auch relativ. So kann diese Gruppe oder jene Organisation in Bezug

auf eine bestimmte theoretische und praktische Frage die Avantgarde der Emanzipationsbewegung darstellen und die Neuheit oder die potentielle Radikalität einer Kampferfahrung, einer Idee oder eines Konzeptes voll erfassen. In Bezug auf eine andere Frage kann dieselbe Gruppe oder Organisation jedoch sehr wohl die Nachhut darstellen und schon längst überholte und von der Mehrheit der Bewegung verlassene Positionen vertreten. Das ist ein weiterer Grund, den avantgardistischen Enthusiasmus zu dämpfen!

These 5. Nicht eine einzige, sondern eine Pluralität von Avantgarden.

Somit ergibt sich unausweichlich eine Pluralität der Avantgarden. Es gibt grundsätzlich

«Die Avantgarde kann ihre Rolle nur dann spielen, wenn es ihr gelingt Erkenntnisse zu gewinnen, die für die Gesamtbewegung gültig sind und mit ihr geteilt werden können.»

immer mehrere strategische und taktische Optionen: Aufgrund der Entscheidungen, die ein politischer Kampf in jedem Moment erfordert; aufgrund der Komplexität der theoretischen und praktischen Probleme, die sich innerhalb der Emanzipationsbewegung des Proletariats in jeder historischen Situation stellen; aufgrund der Vielzahl der offenen Möglichkeiten und der Vielfalt der politischen und ideologischen Traditionen, die Erbe und Nährboden der Avantgarden bilden. Und es ist in einem gewissen Sinn gut und wünschenswert, dass es so ist: Dass die Emanzipationsbewegung in ihrer Gesamtheit immer die Möglichkeit hat, unter mehreren Avantgarden auszuwählen, die Trägerinnen einer Pluralität von politischen und theoretischen Optionen sind, die verglichen und in Bezug auf Aktivitäten und Aufgaben beurteilt werden können.

Daher sollte eher von einem Pol der Avantgarden gesprochen werden als von einer konstituierten Avantgarde. Von einem Pol, der notwendigerweise vielfältig und beweglich ist und dem man nur ein permanentes Aufkeimen neuer Erscheinungsformen wünschen sollte. Dieser Pol kann allerdings seine Mission gegenüber der Gesamtbewegung nur unter der Bedingung erfüllen, dass sich zwischen den unterschiedlichen Avantgarden Beziehungen gegenseitiger Toleranz bilden dank permanenter Diskussion, Konfrontation der Sichtweisen und Meinungen sowie gegenseitigem Respekt. Die vielfältigen Ergebnisse dieser Diskussionen stellen die beste Garantie dar für die Qualität des Beitrags der Avantgarden zum Fortschritt der Gesamtbewegung.

Auch hier ist die Unterscheidung zwischen Generalstab und Avantgarde entscheidend. Nur wenn Avantgarden auf jeglichen Anspruch verzichten, die Bewegung in ihrer Gesamtheit zu führen, können die Voraussetzungen für eine demokratische Auseinan-

dersetzung zwischen den Avantgarden entstehen. Schliesslich ist ein demokratisches Verhältnis zwischen Avantgarden die Folge eines demokratischen Verhältnisses zwischen Avantgarden und Gesamtbewegung.



Die Herausforderung, eine Inspirationsquelle nicht mit einem Halbgott zu verwechseln... (Bundestagswahlplakat der SPD vor dem Godesberger Programm, 1959)

These 6. Die Aufgabe der Avantgarde, sich selbst überflüssig zu machen.

Was müssten nun Form, Struktur und Funktionen von Avantgarden im hier vertretenen Sinn sein? Zunächst einmal ist es klar, dass Avantgarden in keiner Weise die Form einer Partei annehmen dürfen, die aus der alten staatsgläubigen Kultur des sozialdemokratischen Modells der Arbeiter_innenbewegung entspringt. Tatsächlich ist die Partei eine Form politischer Organisation, die sich aus-

schliesslich mit dem Ziel bildet, die Staatsmacht zu erobern und auszuüben. Eine Partei bringt die Interessen, den Willen, das Projekt einer bestimmten sozialen Klasse oder, allgemeiner gesagt, eines sozialen Blocks (im Sinn eines komplexen System von Allianzen zwischen unterschiedlichen Klassen, Klassenfraktionen, Schichten oder sozialen Kategorien) in eine staatliche Form.

In der Folge erscheint die politische Partei in allen Aspekten ihrer Funktionsweise wie ein reines Abbild des Staatsapparates: Bezüglich der Beziehung zu den Massen und zur Gesellschaft, insbesondere gekennzeichnet durch Delegation von Macht; bezüglich bürokratischer Organisation, im Sinn der Aufteilung zwischen Leitung und Ausführung; bezüglich Aneignung der Führung durch Personen, die der demokratischen Kontrolle von unten zunehmend entkommen, selbst wenn es im Prinzip formale Garantien dagegen gibt; bezüglich Unabsetzbarkeit der Führer und fehlender Transparenz ihrer Tätigkeit; bezüglich der Art der Parteidiskurse; bezüglich der mehr oder weniger bedingungslos geforderten Unterordnung der Aktivist_innen, die bis zur Militarisierung der Organisation gehen kann; und schliesslich bezüglich Fetischismus der Partei als solcher. Unter diesen Bedingungen gibt das Individuum, welches in eine

Partei eintritt, seine intellektuelle und moralische Autonomie ganz oder teilweise ab. Die wichtigsten Entscheidungen der Organisation geschehen ohne sein zutun, es sei denn, das Individuum hat Zugang zu den führenden Instanzen.

Daher dürfen sich die Avantgarden weder Ziele noch Funktionsweisen der politischen Parteien aneignen, da sie im Dienste der Selbstaktivität der Proletariats stehen und eine Selbstbefreiung zum Ziel haben, welche die Zerstörung und den Abbau des Staatsapparates erfordert. Avantgarden dürfen übri-

«Avantgarden stehen im Dienste der Selbstaktivität des Proletariats und fördern dessen Fähigkeit zur Selbstbefreiung.»

gens auch nicht die Form politischer Sekten annehmen. Denn diese sehen sich als exklusive Besitzer einer unantastbaren Wahrheit an, aus deren Höhe sie über den Kurs der Klassenkämpfe urteilen, anstatt daran teilzunehmen.



Rosa Luxemburg, die einzige Frau, der in der Riege der «offiziellen» marxistischen Avantgarde ein gewisser Rang zugestanden wurde...

Demokratie muss an erster Stelle stehen

Die Struktur der Avantgarden muss sich vielmehr strikt an die föderalistischen Prinzipien halten. Denn je mehr Avantgarden an die Spitze der gesamten antikapitalistischen Bewegung zu stehen kommen, umso mehr müssen sie, als ihr suchender Kopf, in ihren Strukturen und ihrer Funktionsweisen die kommunistische Gesellschaft als «freie Assoziation der Produzenten» (Marx) vorwegnehmen. Daher die Notwendigkeit der kollektiven Selbstverwaltung der Macht im Innern mit allem, was dazu gehört: Rotation der Aufgaben; Verzicht auf Funktionäre auf Lebenszeit; offene Zirkulation der Information; möglichst weitgehende innere Demokratie, basierend auf Dezentralisierung

der Entscheide und Aktionen; Garantien für allfällige Minderheiten, die Mehrheitsentscheide ablehnen usw.

Was die Funktionen der Avantgarden betrifft, so dürfen sie ausschliesslich daraus bestehen, die Selbstaktivität des Proletariats in ihren vielfältigen Dimensionen zu fördern: Die Selbstbestimmung des Proletariats (Fähigkeit, ein politisches Projekt zu entwickeln; programmatische Orientierung; Strategien und Taktiken je nach Kräfteverhältnis in den Klassenkämpfen), die Selbstorganisation des Proletariats (Organisationsformen, die eine Mobilisierung als soziale Klasse und die kollektive Ausübung der Macht als Klasse ermöglichen), die Selbstreflexion des Proletariats (**Fähigkeit, Klassenbewusstsein** zu entwickeln).^{*} In einem Wort ist es die Funktion der Avantgarden, daran zu arbeiten, die Fähigkeit des Proletariats zur Selbstemanzipation zu fördern.

Insofern steht jede Avantgarde vor einem Widerspruch, den sie bewältigen und soweit möglich überwinden muss. Einerseits muss sie versuchen, die soziale Bewegung in ihrer Gesamtheit zu beeinflussen, ohne ihr etwas aufzwingen zu wollen, indem sie theoretische Analysen, strategische Orientierungen, Organisationsmodalitäten, Kampfaktiken usw. vorschlägt. Andererseits arbeitet die Avantgarde daran, ihre eigene Arbeit überflüssig zu machen, indem sie die Fähigkeit des Proletariats zur Selbstaktivität zu fördern und stärken versucht. Schliesslich arbeitet sie daran, die Bedingungen ihres eigenen Absterbens zu schaffen. ♦

^{*} Näheres hierzu in meinem Artikel «*Éléments pour une théorie de l'auto-activité du prolétariat*», *Carré Rouge* Nr. 34, Oktober 2005.

AUFGEPASST!
Von nun an drucken wir kritische und widerständische Gedichte, Kurztexte oder Ähnliches. Vorschläge unserer Leser_innenschaft nehmen wir gerne entgegen!

Rede zur Klage der Bastion

von Robert Gernhardt

Liebe Landsläuse! Meine Rahmen und Sperren!

Ohrwurm geht es in diesen Runden? Warum: Anachronistische Säfte, Linksridiküle und ihre Lymphathisanzen schlucken sich an, unseren Spechtsrat zu hinterwandern! Nicht nur unsere freie Misswirtschaft, nicht nur die Wiedervereisung Deutschlands in Friesen und Geilheit, nein, auch der innere Frieder unseres Geheimwesens ist verrohlt!

Da beisst es für jeden von uns, die Solidität der Demoskopen nicht nur in Torten, sondern auch in Braten zu beeisen!

Den Kicherreizorganen der Hundesrepublik, der Bullizei, der Hundesmär, dem Hundesglänzschnitz sowie den Innengeschwistern der Bänder verschachern wir, und ich glaube, dass jeder hier in diesem hohlen Hause dieser Meisung ist, unser unschweingeschenktes Verdauen!

Die kommenden Knochen werden unsere Gürtel einer engen Zerreihsprobe unterschellen! Jetzt müssen sich Standhässlichkeit und Bürgerkinn beweinen! Und deshalb ruhe ich alle Menschen guten Brüllens dazu aus, mit mir in den Ruf einzu-brechen: Peinlichkeit und Knecht und Dreistheit müssen in unserem Kratersand wieder Gütigkeit verkommen! Und zwar jetzt oder wie!

Meine Samen und Spermien - ich zanke Minen für Ihre Ausmerzbarkeit!

Beischlaf von allen Seiten.

Robert Gernhardt (1937 – 2006).

IMPRESSUM

Herausgeber: Verein pro Debatte c/o Bewegung für den Sozialismus, Postfach 2002, 4001 Basel. PC 60-127876-2.

Redaktion: Hanspeter Gysin, Lothar Moser, Sarah Schilliger, Cedric Schmid, David Soofali, Peter Streckeisen, Karin Vogt, Maurizio Coppola, Roman Künzler

Druck: Deltagraph Biel

Kontakt: kontakt@debatte.ch

Agenda

Lesezyklus – Marx neu entdecken!

Auch 2011 findet in Zürich und Basel ein Lesezyklus zu marxistischer Literatur statt. Alle zwei Wochen treffen wir uns, um aktuelle und klassische Literatur rund um dem Marxismus kritisch zu diskutieren. Die Teilnahme steht allen Interessierten offen!

Anmeldung Zürich: info@bfs-zh.ch

Anmeldung Basel: info@bfs-basel.ch

Internationales Sozialistisches Sommercamp in Frankreich

Dieses Jahr findet das Sommercamp der IV. Internationalen wieder in Frankreich. Die Jugendlichen in und um die IV. organisieren seit fast drei Jahrzehnten ein internationales Camp, in dem aktuelle Fragen antikapitalistischer Theorie und Praxis diskutiert werden. Um die 500 junge Menschen aus vielen europäischen Ländern, aber auch aus Venezuela, Ägypten, Philippinen usw. werden Ende Juli eine Woche lang im Süden Frankreichs zusammenkommen, um Erfahrungen auszutauschen, voneinander zu lernen und gemeinsam zu feiern. Aus der Schweiz wird eine Hinfahrt mit Bussen organisiert. Melde dich bei uns, wenn du Interesse hast:

Anmeldung: info@bfs-basel.ch

Wann: 24. bis 30. Juli 2011

Wo: Fumel (Frankreich, zwischen Bordeaux und Toulouse)

Filmabend: Buena Vista Social Club

Der Film begleitet die Produktion von drei Musikalben der legendären kubanischen Musiker. Mit Ry Cooder, Ibrahim Ferrer, Rubén Gonzalez, Eliades Ochoa, Omara Portuondo, Compay Segundo. Regie Wim Wenders, 1999.

Wann: Freitag, 19. August 2011

Wo: Internetcafé Planet13, Klybeckstrasse 60, Basel

Weitere spannende Veranstaltungshinweise auf www.planet13.ch.

Debatte-Online www.debatte.ch

BFS Zürich www.bfs-zh.ch

BFS Basel www.bfs-basel.ch

BFS Waadt und Genf www.labreche.ch

À l'encontre www.alencontre.org

Solidarietà www.solidarieta.ch

DEBATTE ABONNIEREN

Abonniere die Debatte für Sfr. 20.- ein Jahr lang (4 Ausgaben)!

Verwende dazu den beiliegenden Einzahlungsschein mit dem Vermerk «Abo».

Solidaritäts-Abonnement: ab Sfr. 50.- pro Jahr

Diese Zeitung wird ausschliesslich von ehrenamtlich arbeitenden Redaktorinnen und Redaktoren gemacht. Trotzdem fallen im Zusammenhang mit Druck und Versand der Debatte erhebliche Kosten an. Für Spenden sind wir deswegen dankbar! Spenden an: PC 60-127876-2, Vermerk «Spende».